

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1925

6.2.1925 (No. 37)

Badischer Beobachter

Erste Ausgabe... Preis... Sonntag... Montag...

Verschärfung der Preußenkrise

Braun und Horion lehnen ab.

(Eigener Drahtbericht) J. H. Berlin, 5. Febr. Die Lage in Preußen ist heute inwiefern in ein neues Stadium getreten...

geben sind, soll heute nur soviel gesagt werden, daß die Strömungen sich darauf richten...

Ein amtlicher Bericht. Berlin, 5. Febr. Der amtliche preußische Pressedienst teilt mit: Ministerpräsident Braun hat heute mittag 12 1/2 Uhr dem Präsidenten des Preußischen Landtags...

Am Dienstag Wahl des Ministerpräsidenten. Berlin, 5. Febr. Der Verlesentrat des Preußischen Landtages beschloß heute, daß die Wahl des Ministerpräsidenten am Dienstag...

kannt; bekannt nur, daß Barmat am 3. Jan. 1920 der Beschluß zur Einstellung des Verfahrens ohne Beifügung von Gründen übermittelt wurde.

Der Verleumdungs-Feldzug gegen politische Führer.

(Eigener Drahtbericht) J. H. Berlin, 5. Februar. Die heutige Morgenausgabe der „Berliner Börsenzeitung“ hat in der Ausgabe Barmat verschiedene schwere Anschuldigungen gegen eine Reihe im öffentlichen Leben stehender Persönlichkeiten erhoben...

Die Ruhrrentschädigungen.

Eine interne Angelegenheit Deutschlands.

Paris, 5. Febr. „Journal“ brachte gestern die Meldung, daß die Auszahlung der Ruhrunterstützungen in internationalen diplomatischen Kreisen als ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Dawesgutachtens angesehen werde...

Trendelenburg bei Raynaldi.

Paris, 5. Febr. Staatssekretär von Trendelenburg wurde heute vormittag 11 Uhr von Handelsminister Raynaldi empfangen.

Das Eisenbahngesetz vor dem Haushaltsausch.

Berlin, 5. Febr. Der Haushaltsausch des Reichstages setzte heute die Aussprache über die Reichsbahn fort. Für die Bayerische Volkspartei erklärte Abg. Reich, daß Bayern dem Eisenbahngesetz nicht zustimme...

Eine neue Wendung in der Barmat-Affäre?

Die Staatsanwaltschaft hat Bedenken.

(Eigener Drahtbericht) J. H. Berlin, 5. Februar. Die Staatsanwaltschaft hat sich mit dem Reichstags-Untersuchungsausschuß über die Barmataffäre in Verbindung gesetzt und gegen die Aufnahme der Tätigkeit dieses Ausschusses Einspruch erhoben...

Dung zwischen Barmat und dem Staatssekretär Fagedorn vom Reichsernährungsministerium habe nicht bestanden.

Abg. Schöwing (Centr.) wünscht die Ladung des Herrn von Richter als Zeuge, der als preußischer Finanzminister Chef der Staatsbank war.

Um die Kölner Zone.

Berlin, 5. Febr. Die „Voss. Zeitung“ meldet aus London, daß der gestrige Unterredung des englischen Botschafters mit dem französischen Ministerpräsidenten die größte Bedeutung beigemessen werde.

Vor der endgültigen Regelung der Aufwertungsfrage.

Berlin, 5. Febr. Im Aufwertungsausschuß des Reichstages erklärte Ministerialdirektor von Brandt vom Reichsfinanzministerium, daß die Reichsregierung spätestens in drei Wochen dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorlegen werde...

Gieberts 60 Jahre alt.

(Eigener Drahtbericht) J. H. Berlin, 5. Februar. Dem Zentrumsabgeordneten Gieberts ist aus Anlaß seines 60. Geburtstages eine große Zahl von Kundgebungen zugegangen.

„In Ihrem heutigen 60. Geburtstag denke ich herlich über uns sehr wertvollen Arbeit, die Sie als Arbeiterführer, Parlamentarier und Reichsminister dem deutschen Volke leistet haben.“

Räumung von Enselkirchen durch die Engländer.

Engelskirchen, 5. Febr. Seitens des englischen Kreisbevollmächtigten ist der Stadtverwaltung in Engelskirchen mitgeteilt worden, daß die gesamte englische Besatzung am Sonntag mittag von dort zurückgezogen werde.

Die Verhandlungen im Barmat-Ausschuß.

Berlin, 5. Febr. Im weiteren Verlauf der Vernehmung Heilmanns erklärte der Abg. Dr. Kaufhold (dijam), die Ausführungen Heilmanns hinterließen den Eindruck, als ob Oberfinanzrat Hellwig Barmat den Hals umgedreht habe.

Die Vernehmung des Ministerialdirektors Dr. Falk wird begonnen. Er erklärt daß er die Gebrüder Barmat nie gesehen habe.

Vertical text on the left edge of the page, including page numbers and other markings.

Vertical text on the right edge of the page, including page numbers and other markings.

Baden.

Der neue Ministerialdirektor im Kultusministerium.

Nach Wittermeldungen wurde der Präsident des katholischen Oberstiftungsrates, der dem Zentrum angehörige Landtagsabgeordnete Dr. Josef Schmitt zum Ministerialdirektor im Ministerium für Kultus und Unterricht ernannt. Wir registrieren diese Tatsache mit dem Bemerkten, daß noch keine amtliche Bestätigung der Ernennung vorliegt.

Die Stimmung in badischen Zentrumskreisen

bezüglich der Vorgänge bei der letzten Regierungsbildung im Reich war bisher ähnlich wie im Rheinland und Westfalen durchweg pessimistisch. Man erwartete, daß die Zentrumsfraktion, besonders nachdem doch die Tendenz gegen das Zentrum bei der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei nicht mehr bestritten werden kann, die Kriterienmacher und Deutschnationalen die Regierung allein bilden lassen. Nur schwer will man sich überzeugen lassen, daß die Zentrumsfraktion zu handeln mußte, wie sie gehandelt hat. Man muß das wissen, um sich nicht zu täuschen. So wird uns z. B. aus Arbeiterkreisen geschrieben:

Wenn nun von unseren Abgeordneten welche glauben, ihre Wählerchaft sei beruhigt durch die von Herrn Lehrenbach abgegebene Erklärung, so scheint es uns, daß sie sich auf dem Holzwege befinden. Niemand kann es für uns eine Beruhigung geben, solange die jetzige Regierung am Ruder ist, und solange Abgeordnete von unserer Seite in dieser Regierung vertreten sind. In diesem Falle stehen wir fest und treu zu unserm Dr. Wirth, der keinen Zoll von seiner vorgezeichneten Bahn abgewichen ist. Was die ganze Meute von Sabotagehelfern und Konfusen noch so sehr gegen unsern althergebrachten Führer Dr. Wirth anführen, gegen ihn hegen und ihn verleumden; wir halten fest und treu zu ihm. Er ist der Mann, der unser volles Vertrauen besitzt. Mögen sich die Hezer gemarrt sein lassen. Wenn die glauben, unsern Dr. Wirth zu tot hegen zu können, wie die beiden in bester Erinnerung stehenden Erbergerger und Rathenau, dann rufen wir ihnen zu: Hände weg von diesem Mann, der schon unermesslich viel Gutes geleistet hat. Diese Herren sollen uns mal einen Herrn aus ihren Reihen unserm Wirth gegenüberstellen. Ob sie das fertig bringen? Ob sie einen Ebenbürtigen finden? Unsere Gegner glauben, sie hätten ganz allein Nationalität. Doch es gibt auch noch andere Leute als nur Deutschnationalen usw., die auch Nationalität in sich haben, und Nationalbewußtsein empfinden, aber ein anderes als das, das die genannten in Erbschaft haben. Zum Schluß möchten wir unsern Abgeordneten empfehlen: bei der Wiederkehr solcher Anlässe sich doch zuerst zu erkundigen, wie sich die Wählerchaft zu den betreffenden Dingen stellt, damit keine politischen Fehler mehr vorkommen. Unserm Dr. Wirth, Reichskanzler o. D., ein lebhaftes Bravo für seine Abstimmung.

Wir geben diese Aeußerung im Auschnitt aus einer längeren Darlegung als ein Stimmungsbild, wie man auch jetzt noch in weiten Kreisen der badischen Zentrumsfraktion denkt. Selbstverständlich wollen wir die Stimmung nicht etwa als vollst. gerecht fertigt hinstellen. Aber das dürfte das Stimmungsbild zeigen, daß in nächster Zeit überall Klärung notwendig ist. Es sind viele falsche Meinungen in Zentrumskreisen verbreitet über die letzten Vorgänge. Und es gibt Leute, die unter solchen Umständen beruhen im Trüben zu sitzen bezw. die Stimmung gegen das Zentrum für ihre Ziele auszunutzen suchen.

Es ist nicht allzu schwer, zu zeigen, daß der Zentrumsfraktion in ihrer äußerst wichtigen Lage, wenn sie nicht mit ihrem Verantwortungsgefühl gegenüber dem Reich in Konflikt geraten wollte, kaum etwas anderes übrig blieb, als die Stellung einzunehmen, die sie nun tatsächlich einnimmt. Wer so wohl die von Lehrenbach abgegebene Erklärung, als auch den von uns in gestriger Nummer veröffentlichten Artikel des Reichstagsabgeordneten Erling genau liest und überdenkt, für den bleibt kein Grund zu Bormärkten. Es ist so ar nicht richtig, daß die Zentrumsfraktion so in die Regierung Luther eingetreten ist, wie das in einer Koalitionsregierung geschieht. Vielmehr hat die Zentrumsfraktion nur gerade noch das äußerste getan, was sie tun mußte, um eine Regierungsbildung nicht unmöglich zu machen. Das sehen jetzt trotz aller Kritik auch die Arbeitermassen im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet ein, soweit sie zum Zentrum gehören. Am 31. Januar fand z. B. in der Industrie- und Arbeiterstadt Bochum eine überaus gut besuchte Zentrumsversammlung statt, in der folgende Entschliessung einstimmig angenommen wurde:

„Die Zentrumsfraktion Bochum-Stadt und Land verurteilt aufs schärfste die Sabotage der Reichsparteien gegenüber den Bemühungen des Reichskanzlers Marx, ein Kabinett zustande zu bringen, für das der Ausgang der Wahl die geeignete Grundlage geschaffen hatte. Sie anerkennt die allein von hohen staatspolitischen Erwägungen geleitete Haltung des Reichskanzlers Marx und spricht ihm ihren wärmsten Dank für seine Bemühungen aus.“

Die Partei erblickt in der vom Fraktionsvorsitzenden Lehrenbach im Reichstage abgegebenen Erklärung eine Bestätigung dafür, daß die Reichstagsabgeordneten nach wie vor konsequent die Linie verfolgen, die von Marx auf ausen- und innenpolitischem Gebiet zum Segen des deutschen Volkes eingeschlagen worden ist. Demwegen billigt sie auch die von der Fraktion dem

neuen Kabinett gegenüber eingenommene Haltung. Die Vorgänge der letzten Wochen haben bewiesen, daß die Zentrumsfraktion im Reich eine ausschlaggebende Rolle spielt, und daß ohne sie ein Abweichen von der bisherigen Politik nicht möglich ist. Schon diese Tatsache rechtfertigt die Haltung der Fraktion, die durch Stellung des Verbindungsmannes im Kabinett und durch ihre Zustimmung zur Billigungsformel auf die Politik des neuen Kabinetts wesentlichen Einfluss gewinnt.

Wir erwarten, daß die in der Zentrumsfraktion bisher maßgebend gemessenen Richtlinien auch unter dem Kabinett Luther ihre Wirksamkeit finden. Im übrigen muß für die Fraktion dem neuen Kabinett gegenüber die Lösung gelten:

„Abwarten! Seine Taten entscheiden unsere endgültige Stellungnahme.“

Das ist das was die Zentrumsfraktion allgemein auch in Baden erwartet. Die Haltung der Fraktion im Reichstag war bis jetzt angesichts ihrer durchaus positiven Stellung zu Staat und Reich nicht falsch, aber sie würde falsch, wenn die Zentrumsfraktion auch dann mitmachen würde, wenn die bisher maßgebend gewordenen Richtlinien auf die sich mit Marx das Zentrum festgelegt hat, vom Kabinett Luther verlassen würden. Das ist bis jetzt nicht geschehen, vielmehr hat Luther so maßvoll gesprochen, daß man auch in England und Frankreich ausgehen hat, man hege bis jetzt keinen Bruch mit der Richtung Marx. So lange diese Richtung eingehalten wird, wird das Zentrum sich nicht untreu, wenns mitmacht. Über die Stimmung in der Zentrumsfraktion ist, wie man sieht, so, daß das Zentrum einen Bruch mit der Politik der Mitte niemals mitmachen könnte, ohne das Vertrauen seiner Wählerchaft gründlich zu verlieren. — So stehen die Dinge! —

Der Ausbau der Fortbildungsschule in Baden.

In Heidelberg fand letzter Tage eine überaus hoch besuchte Versammlung der Fortbildungsschullehrer und Fortbildungsschullehrerinnen Baden statt, zu der als Vertreter des badischen Unterrichtsministeriums der Leiter des badischen Fortbildungsschulwesens Regierungsrat Dr. Walter, verschiedene Kreislehrer und Schulinspektoren erschienen waren. Regierungsrat Walter betonte in seiner Ansprache, die badische Fortbildungsschule habe auch von höchster Seite ihre Würdigung darin gefunden, daß der Unterrichtsminister Staatspräsident Dr. Sellbach bei seiner Reichsreise als die größte erzieherische Tat seit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht bezeichnete. Der Ausbau der Fortbildungsschule gehe rüstig vorwärts. Die Ausbildung der Fortbildungsschullehrerinnen könne den Anforderungen nicht mehr nachkommen, so daß am 1. Mai d. J. in dem neuen Haus der Fortbildungsschullehrerinnen (früheres Seminar I) in Karlsruhe ein Doppelkurs beginnen müsse. Auf Mitte Juni ist wieder ein Kurs zur Ausbildung von Fortbildungsschullehrerinnen angesetzt. Die in Aussicht gestellte Schulordnung wird Mitte Februar zur Begutachtung herausgegeben werden. Im Laufe des Sommers wird dann das neue Mädchenfortbildungsschulwesen herauskommen, worauf die Bearbeitung des Lehrbuchs für die Lehraufstufungsschule in Angriff genommen werden soll.

Im Verlaufe der Versammlung sprach Fortbildungsschullehrer Luise Kramm in Heidelberg über das Thema: „Rehrangelegenheiten der Fortbildungsschule“. Die Rednerin wies darauf hin, daß die Rehrangelegenheiten in Fabriken, Anstalten, Sammlungen, Ferienanlagen usw. nicht immer das richtige Verständnis bei der Bevölkerung finden und doch seien die vorzügliche Mittel zur Bildung des Gemeinwesens. Sie verlangen der Konjugation die aufreibende Arbeit des Fabrikarbeiters und der Stadtjugend die anstrengende Arbeit des Landmanns. — An einer sich anschließenden Ansprache wurde nachdrücklich betont, daß die Fortbildungsschule keine Wiederholung der Volksschule sein will, sondern daß sie ihr Ziel darin sieht, Verständnis für das Leben der Gegenwart zu wecken.

Zum Verbot der Wochenschrift: Der Völkische Kämpfer.

Am 10. Oktober v. J. ist die von der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Baden herausgegebene Wochenschrift: „Der Völkische Kämpfer“ (Hauptredakteur Dr. Edwin Müller in Karlsruhe), vom Ministerium des Innern auf Grund der §§ 7, 8 und 21 des Reichsdruckgesetzes auf die Dauer von vier Wochen verboten worden.

Auf die von Dr. Müller beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik eingeleitete Beschwerde hat der Staatsgerichtshof unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Niedner kürzlich entschieden: „Die Beschwerde wird als unbegründet verworfen.“ Die Kosten werden dem Beschwerdeführer zur Last gelegt. Hierzu wird geschrieben: Der Staatsgerichtshof hat sich durchgängig auf den Standpunkt des badischen Ministeriums des Innern gestellt. Wie erinnerlich, ist die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei in Baden bereits im Juli 1922 verboten worden, weil ihre Bestrebungen auf eine Beschimpfung und Verächtlichmachung sowie auf gewalttätigen Umsturz der Republik abzielten. Auch nach Aufhebung des Staatsgerichtshofes und die später erfolgten Erlassbegündungen der „Deutschen Partei“ und der Nationalsozialistischen Freiheitspartei nicht, wie in der Beschwerde behauptet wurde, selbständige Parteien, sondern Fortsetzungen der N. S. D. A. P. und stehen zu der gesamtdeutschen Partei im Verhältnis eines Landesverbandes. Der „Völkische Kämpfer“, welcher den Untertitel „Kampfblatt der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Baden“ führt, habe auch die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei unterstellt und demnach Bestrebungen verfolge, welche die verfassungsmäßig festgesetzte republikanische Staatsform des Reiches und der Länder zu untergraben geeignet waren.

Dazu kommt, daß der „Völkische Kämpfer“ mehrfach die republikanische Staatsform beschimpft hat, indem er den Tag der Weimarer Verfassungsfeier, den 11. August, einen Tag der Schande nannte, und am 18. September 1924 zu einer Satirist über die Sterblichkeit der deutschen Großstädte die Heberichschrift: „Die die Völkische der Weimarer Schein-Republik für das Volkswohl sorgen“ prägte. Außerdem wurden die verantwortlichen Mitglieder der Regierung des Reiches und der Länder als „Praktiker des Molochrautes und der Mammonrepublik“ bezeichnet.

Das Verbot war somit auf Grund der angeführten Gesetzesvorschriften gerechtfertigt.

Korrektur. In dem Artikel „Grund- und Gewerbesteuer“ von Hg. Landgerichtsrat Klüger in der letzten Mitwochnummer sollte es in der ersten Spalte heißen: „Einem solchen Antrag steht der realistische (nicht „rebutistische“) Charakter auf der Stirne geschrieben. Man leiht tatsächlich unierer Landwirtschaft durch solche, in ihrem ganzen Umfang von vornherein unannehmbaren Anträge keinen Dienst.“ Wir berichtigen diese Druckfehler in diesem Fall ausnahmsweise nachträglich, weil bereits ein Einsehen, der der Ausdruck „rebutistische Charakter“ als unverständliches Juristendeutsch anziehen sollte.

Endlich die Aufklärung.

Karlsruhe, 5. Febr. Von der Reichsbahndirektion Karlsruhe wird mitgeteilt:

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat nach § 26, 3 des Reichsbahngesetzes die Möglichkeit, in besonderen Fällen Vergütungen zu gewähren, solange diese nicht 5 v. H. des gesamten Aufwandes für die Dienstbezüge der Beamten übersteigen. Danach dürften jährlich bis zu 60 Millionen Mark in diesem Sinne ausgegeben werden. Zu der allgemeinen Erhöhung der Bezüge oder für gewisse ganze Gruppen dürfen diese 60 Millionen nicht verwendet werden. Nun hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft für das vierte Quartal 1924 erstmals veranschlagt, wie diese Möglichkeit gebräuchlich gemacht. Sie hat aber nicht die ganze Summe, sondern nur ein gutes Viertel davon, nämlich 16 Millionen Mark für das Jahr vorgezogen, sodas für ein Quartal nur 4 Millionen Mark zur Verfügung standen. Dabei mußte maßgebend sein, daß die Leistungszulage nur für wirkliche Leistungen zur Aufschüttung kam, für die der leistende Beamte nicht schon durch seine Eingruppierung in die Besoldungsordnung ausreichend entschädigt war. Ein Nebenbetrieb vom Umfang der Reichsbahn hat sehr viele Punkte, wo mit besonderen Mitteln vorgegangen werden muß, weil der enge Besoldungsrahmen verlag. Zudem gilt bei der Reichsbahn wie überall die nicht angenehme, aber auch nicht zu befallende Regel, daß Höchstleistungen ohne Aufsicht auf besondere Gegenleistung niemals erzielt werden können. Darum betragen die Zulagen im Jahre für die Besoldungsgruppen

I und II	120 M.
III	180 M.
IV	180 M.
V	300 M.
VI	300 M.
VII	400 M.
VIII	400 M.
IX	600 M.

Die Zulagen müssen zu den Regelbezügen in einem gewissen Verhältnis stehen, wenn die erstrebte Wirkung nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden soll. Sie wirken ermunternd, wie sie gemeint sind. An eine „Korruptionszulage“ denkt niemand, es wird auch nichts dergleichen daraus werden. Wollte man die vier Millionen Mark auf Beamte, Ruhegehaltsempfänger und Arbeiter gleichmäßig verteilen, so käme eine Steigerung der Bezüge von noch nicht 1 (genau 0,8) Prozent heraus. Ein Siebtel der Beamtenzahl hat diese Zulage erhalten, — von einem Duzend Ausnahmen abgesehen — nirgends den jährlichen Betrag von 1200 M. überschreitet. Und dieser Betrag kommt erst in den Gruppen X—XII in Frage. Da die Oberbeamten (X—XII) noch nicht ein Prozent der Beamtenschaft ausmachen, so läßt sich ihr „Nischenanteil“ an den vier Millionen leicht nachrechnen.

Nun hat die Reichsbahn auch noch leitende Beamte. Zu ihnen gehören neben den Vorstandsmitgliedern die Leiter der Abteilungen und bestimmte Referenten in der Hauptverwaltung und in der Gruppenverwaltung, Banen, sowie die Präsidenten und Vizepräsidenten der Direktionen, alles zusammen etwa hundert Beamte. Das personelle Gehalt dieser leitenden Beamten entspricht den für die gleichartigen Beamten des Reiches festgesetzten Gehältern. Daneben beziehen sie eine Sonderzulage, die zwischen 1100 und 4000 Mark je nach der Bedeutung des Amtes gestuft ist und ferner die Präsidenten und Direktoren eine Dienstaufwandsentschädigung, die sich zwischen 2400 und 6000 M. bewegt. Die Vorstandsmitglieder erhalten einen etwas höheren Betrag. Diese leitenden Bezüge des Gesamtdirektors haben sich im Rahmen der Spitzenstellen der Reichsregierung und erreichen somit nur einen kleinen Teil dessen, was für Leiter großer Unternehmen längt als Selbstverständlichkeit gilt. Auf das Jahr ausgerechnet ergibt das alles zusammen (Leistungszulagen des Gesamtpersonals und Gehaltsbezüge der leitenden Beamten) knapp 18 Millionen Mark, das wären 1,87 Mark monatlich auf den Kopf des 800 000 Köpfe zählenden Beamten- und Arbeiterheeres. Alle von diesen Angaben abweichenden Behauptungen sind unwahr.

Das ist die erste Aufklärung, die sich klar und fast erschöpfend zu den Angelegenheiten, die so viel Staub aufgewirbelt hat, erhärtet. Wäre eine solche sofort erfolgt, dann wäre manches nicht gesagt und geschrieben worden, was die Regierung nur verstärkt hat. Nicht als ob wir tagen wollten, das wir im „Nischenanteil“ bei dem als einwunderfrei erwiehen, aber die Diskussion herüber ist hiermit auf einen sachlichen Boden gestellt. Was uns bis zur Stunde an dem System weiterhelfen erleuchtet, das ist, ob in der Praxis Spartenleistungen, wirklich erzielt werden, und ob nicht vielmehr durch die Art der Verteilung mehr Unzufriedenheit erzeugt.

als Dienstleister bewirkt wird. Darüber wird man sich noch zu vergewissern haben, wenn es sich darum handelt, ob das System beizubehalten oder abzuschaffen ist.

Es geschehen Zeichen und Wunder.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns aus dem Reichstag geschrieben:

Die Wahl des Grafen Westarp zum Vorsitzenden der Deutschen nationalen Reichstagsfraktion hat in den weitesten Kreisen starke Heberausführung hervorgerufen. Die Kontinuität und die Wahl einer derartig scharf eingestellten Persönlichkeit, die sich bei den verschiedenen Gelegenheiten in den härtesten offenen Gegenjak zu der gesamten Innen- und Außenpolitik der bisherigen Regierung, zur Staatsform und zum parlamentarischen Regime selbst brachte, kann nur als ein Sieg der altkonservativen norddeutschen und östlichen Elemente innerhalb der Reichstagsfraktion der Deutschen nationalen angesehen werden. Westarp hat sich so mit Wohlgefallen als den Vertrauensmann dieser Kreise innerhalb der Deutschen nationalen Partei, die bei ihrer Gründung noch dem Zusammenbruch gerade gelassenlich Wert darauf legten, mit den alten Konservativen nicht mehr zu tun zu haben, bezeichnet, und er war auch der ausgebrochene Verbindungsmann zu den Völkischen. Auf dem deutschen nationalen Parteitag in Göttingen hat er mit Feuerkraft für Herrn von Grafen und seine Auffassungen geworben, ohne daß es ihm aber gelungen wäre, Größe und die Sehnen von einer Trennung von den Deutschen nationalen abzuhalten.

Nun ist also Graf Westarp, der noch bei der letzten großen Debatte im Reichstag als Sprecher der Deutschen nationalen auftrat, und durch seine Rede hier das ganze neue Kabinett Luther wieder gefährdete, zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen nationalen Volkspartei gewählt worden. Westarp war schon zuvor von den radikalsten deutschen nationalen als der „ganz besonders tüchtige und nationale“ Mann angesehen worden. Da ist es nun aber von großem Interesse, zu hören, wie viele selbst die Presse die Wahl Westarps beirrächt. Der „Berliner Lokalanzeiger“ hat nichts Illuderes zu tun, als an das Ausland zu appellieren und ihm vorzuhalten, daß Graf Westarp gar nicht so schlimm wäre, denn er habe doch im Reichstag die Politik des Kabinetts Luther in ihren großen Zügen gebilligt. Und Luther habe doch vor kurzem vor den Vertretern der ausländischen Presse gesprochen und daraus habe sich ergeben, daß das Ausland sich keinerlei Sorgen um außenpolitische Entgleisungen des jetzigen Reichskabinetts zu machen braucht. Nach dieser Artbiederung an das Ausland, die sehr „national“ ammutet, heißt es dann weiter:

„Wenn Graf Westarp jetzt den Vorsitz der deutschen nationalen Reichstagsfraktion übernimmt, hat, dann liegt darin, daß auch er sein enger Freundeskreis die Ausbeutung des jetzigen Reichskabinetts hüts und billigt.“ Das dürfte nicht nur innerpolitisch von Wichtigkeit sein, weil es die völlige Geflossenheit der Deutschen nationalen behauptet, sondern auch außenpolitisch von nicht geringem Interesse.

Sieht man die Artbiederung noch innen und außen zu gleicher Zeit noch einmal verbrieft. Es geschehen in der Tat Zeichen und Wunder. Westarp, der bisher jede Erklärung einer Regierung, in der die Deutschen nationalen nicht vertreten waren, in der schärfsten Weise bekämpfte, erklärt nun, die Politik des jetzigen Kabinetts, die gar keine andere wie die Politik der vorangegangenen Regierung Marx ist und sein kann, zu billigen und zu stützen, und seine Presse sagt dem Ausland, daß die Wahl Westarps „außenpolitisch von nicht geringem Interesse“ ist. Das ist es allerdings! Westarp hat die Beruhigung darauf, daß Westarp durch Zurufe in der deutschen nationalen Fraktion zum Vorsitzenden gewählt worden sei, kein besonderes Gewicht, wenn man weiß, daß die Minderheit auf einem Kampf mit Westarp verzichtete. Diese Minderheit in der deutschen nationalen Reichstagsfraktion hatte die Absicht, den jetzt zum Reichsminister bestellten Abgeordneten Schiele, der ja bisher schon nach Stuttgart, wenn auch nur kurze Zeit, die Reichstagsfraktion führte, wieder als Vorsitzenden zu bestellen. Schiele war seinerzeit der Kandidat dieser gemäßigten Richtung, und er erzielte dafür ja auch im Hinblick darauf besonders geeignete, weil er bei der entscheidenden Abstimmung vom 29. August überhaupt nicht zugegen war, also sich weder für die Zulager noch für die Weinlager festgelegt hatte. Die scharfe Richtung innerhalb der deutschen nationalen Reichstagsfraktion, die infolge der inneren Auseinandersetzungen, die sich über die Abstimmung vom 29. August ergeben hatten, sich damals nicht durchsetzen konnte, sah sich nun fest am Ziele ihrer Wünsche und ihr Vertreter ist Graf Westarp. Doch kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß Graf Westarp sehr wohl seiner Wandelbarkeit und seiner besseren Erkenntnis werden ja nunmehr durch die ihm ergebene deutschnationale Presse, wie wir oben dargelegt haben, selbst geliefert.

Die Ententeverwarnung an Oesterreich.

Wien, im Februar 1925.

Die Berlinerreise des großdeutschen Vizepräsidenten des österreichischen Nationalrates Dr. Dinghofer und des Vizekanzlers a. D. Dr. Frank hat Oesterreich zwei Verwarnungen eingetragen. Die eine stammt von Frankreich und ihr Sprachrohr ist der „Lemps“, die andere aus England, ihr Sprachrohr ist der „Economist“. Die französische Verwarnung droht Oesterreich mit der Abschnürung des Auslandskredits, wenn die Anschlussbewegung an Deutschland zu neuem Leben erwachen würde und fügt gleichzeitig hinzu, wenn Oesterreich nicht lebensfähig ist, dann Anschluss an das wirtschaftliche Gebiet der Sukzessionsstaaten, also Donauföderation. Die engl. Stimme findet, daß die österreichische Republik weder politische Einigkeit noch Patriotismus besitzt und endet in der für Oesterreich wenig erfreulichen Prognose, daß sich die Bevölkerung daran gewöhnen wird müssen, in Zukunft unter dem Lebensstandard der anderen Sukzessionsstaaten leben zu müssen. Beide Verwarnungen sind gänzlich unangebracht. Das kleine Oesterreich hat innerhalb von zwei Jahren seine durch den sozialdemokratischen Einfluß gänzlich deroutierten Finanzen in Ordnung gebracht. Es ist auf diese Art und Weise durch das Werk des großen Sanierungsministeriums Seipel sozusagen zum Musterkind des Völkerbundes geworden, der eigentlich erst durch das österreichische Sanierungswerk eine eigentliche Existenzberechtigung erhielt. Um was es sich hier jetzt handelt, ist nicht die Frage, ob Oesterreich saniert werden kann oder nicht, sondern in welchem Rahmen es seine künftige Existenz nach erfolgter Sanierung einrichten soll. Es ist im wesentlichen abermals der Streit um das Normalbudget. Zur Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Verhältnisse gehört auch die Aufhebung des Niederzinses und die Entlastung des Realbesitzes, dessen in die Billionen gehenden Werte, solange der Niederzins besteht für die Volkswirtschaft unfruchtbar und brotlos liegen. In die Wirtschaftszirkulation. Eine damit verbundene Erhöhung der Mietzinse bedeutet in weiterer Folge eine Erhöhung der Gehalte und Löhne der Staatsangestellten, diese ist im Rahmen des bei der letzten Gesetzgebung aufgestellten Normalbudgets für den Staat unmöglich. Wenn also, wie Dr. Dinghofer in Berlin gesagt hat, Oesterreich gedrungen werden sollte, abermals nach Genf zu gehen, so nicht deshalb, weil das Sanierungswerk in Gefahr wäre, sondern deshalb, um abermals eine Erhöhung des Normalbudgets zu verlangen. Aber auch diese Sache ist keineswegs aktuell. Der Antrag der Christlichsozialen auf Novellierung des Mietengesetzes befindet sich vorläufig erst in einem Ausschusse des Nationalrates. Die Sozialdemokraten drohen mit allen Mitteln der technischen Obstruktion, die Verhandlung dieses Antrags zu verhindern. Es ist also vorläufig noch gar nicht abzusehen, wann dieser Antrag zum Gesetz werden wird. Aber selbst, wenn das Gesetz im Nationalrat durchgeht, so ist seine Auswirkung momentan noch keineswegs eine solche, daß damit schon die Erhöhung der gegenwärtig geltenden Mietzinse verbunden wäre. Nach dem Christlichsozialen Antrag erfolgt diese Erhöhung etappenweise. Die erste Etappe, die den 1000fachen Friedensmietzins vorsieht, entrichtet ungefähr denselben Mietzins, wie sie heute infolge der hohen Inflationssymptome gezahlt werden müssen. Die zweite Etappe, die die Erhöhung auf den 2000fachen Friedenszins vorsieht, würde erst nach einem weiteren halben Jahre eintreten. Bis sich

also eine Auswirkung der Mietzinserrhöhung auf die Erhöhungsnotwendigkeit der Angestelltenlöhne und Beamtengehälter zeigen könnte, müßte mindestens 1 Jahr vergehen. Nach dem Programm, das im Vorjahr bei den letzten Genfer Verhandlungen aufgestellt wurde, würde daher auch schon der formale Abschluß der Sanierungsaktion des Völkerbundes eintreten. Oesterreich hätte dann seine finanzielle Bewegensfreiheit wieder zurück und könnte die erforderliche Gehalts- und Lohnerrhöhung seiner Angestellten im eigenen Wirkungsbereiche vornehmen. Es ist also durchaus nicht einzusehen, wozu die Aufregung in Paris und London.

Aus der französischen Kammer.

Angriffe der Sozialisten auf Herriot.

Paris, 4. Febr. In der heutigen Vormittags Sitzung der Kammer erklärte der Sozialist Blum ausführlich und umständlich, warum Herriot und seine Parteifreunde gestern für die Aufhebung der Vertretung im Vatikan gestimmt haben. Er betonte, daß die sozialistische Partei der Religion nicht ablehnend gegenüberstehe und Sozialismus und Katholizismus sich miteinander vertragen könnten. Auch die Haltung der sozialistischen Partei in der Frage der Abstimmung sei ein Akt der Neutralität gewesen. Die Kirche stehe seit 1/2 Jahrhunderten mit der Reaktion zusammen und habe ihre Rolle als oberste Schiedsrichterin ausgeübt. Diese Rolle nehme der moderne Sozialismus für sich in Anspruch.

Am Nachmittag beschäftigte sich Blum mit der Räumungsfrage. Er behauptete, daß der Bericht der Kontrollkommission nicht vor dem 10. Januar veröffentlicht wurde und hob hervor, daß ihn die deutschen Linksparteien im Kampfe gegen die Reaktion hätten verwerten können. (Unruhe.) Es kommt zu einem kurzen, aber aufsehenerregenden Wortwechsel zwischen Blum und Herriot. Nur das Verbleiben am Rhein, so hat Herriot erklärt, sei die letzte Garantie unserer Sicherheit. Die Sozialisten als grundsätzliche Gegner der militärischen Besetzung halten die Latsche für erwiesen, daß die Besetzung weder für die Sicherheit noch für die Reparationen von Wert sei. Angenommen aber, daß der Rhein eine tatsächliche Garantie für die Sicherheit Frankreichs bildet, so ist doch festzustellen, wie lange die Besetzung noch dauern wird. Herriot hatte zugegeben, daß die Räumungsfrist bereits begonnen habe.

Franklin Bouillon: Im Herbst hat der Ministerpräsident das Gegenteil behauptet. (Beifall auf der Rechten; Widerspruch bei der Linken.)

Blum: Die Frage war die, daß die Bestimmungen des Vertrags im Augenblick des Räumungstermins erfüllt waren. Das hat die Regierung verneint. Maginot hat erklärt, daß der Rhein unsere letzte Sicherheit bildet. Herriot erwidert, daß er zu seinen Erklärungen nichts hinzufügen habe.

Blum: Es ist doch nicht anzunehmen, daß die Besetzung am Rhein endlos fort dauern wird.

Herriot: Ich habe das tausendmal verneint.

Blum: Die Besetzung darf auch nicht von den parlamentarischen Wechseln in Deutschland abhängen. Es gibt nur eine einzige Lösung: Die Räumung muß von den Bestimmungen des Versailler Vertrags abhängig gemacht werden und dann muß ein gemeinsames Garantiesystem unter der Obhut des Völkerbundes begründet werden. Blum sucht nachzuweisen, daß eine bewaffnete Nation wie Frankreich keine Sorge um

seine Sicherheit empfinden könne. Die Herstellung normaler Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland hänge grundlegend von der Haltung Englands und der Vereinigten Staaten und deren Beitritt zum Genfer Protokoll ab. Die Sozialisten arbeiten an dem internationalen Zusammenbruch und an der Verbrüderung der Nationen.

Der Kommunist Cachin ergreift dann das Wort zu einer endlosen Rede, in der er den Bolschewismus gegen Angriffe der Sozialdemokratie verteidigt. Er fordert die Regierung auf, gegen eltsässische Abgeordnete wegen ihrer Einmischung in russische Verhältnisse ein Strafverfahren einzuleiten. Es heißt, daß Herriot in der Frage des Kredites von 58 000 Mark zur Errichtung einer eltsässischen Vertretung in Rom die Vertrauensfrage stellen werde und seinen Rücktritt angedeutet habe, wenn sich die Sozialisten der Stimme enthalten. Ein Abgeordneter der Rechten beantragt Streichung des Kredites von 100 000 Franken für die Vertretung Frankreichs in Moskau. Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Artikel 9 wird dann angenommen. Der Artikel über den Kredit von 58 000 Franken für die Entsendung eines eltsässischen Geschäftsträgers in den Vatikan wird abgetrennt und bildet zurzeit den Gegenstand einer äußerst lebhaften Debatte. Der eltsässische Abgeordnete Weill, der auf der Tribüne steht, wird wiederholt unterbrochen. Die Opposition stimmt schließlich die Marschallaise an. Auf der Linken singen die Kommunisten die Internationale; ein Teil der Sozialisten stimmt ein.

Nachdem sich der Rärm einigermaßen gelegt hat, wird die Debatte über den kommunistischen Antrag fortgesetzt. Herriot entwickelt in langen Ausführungen den Standpunkt der Regierung. Wenn die Regierung, so sagte er, dem Beschluß des Staatsrats, über die Errichtung einer Vertretung Eltsass-Lothringens beim Vatikan beizutreten, so geschieht es aus dem Wunsche heraus, zu beweisen, daß die Regierung dem Eltsass gegenüber mit größter Unparteilichkeit verfährt. Wenn das Parlament der Regierung nicht folgen wolle, so müsse es die Verantwortung für die Folgen übernehmen. Er als Ministerpräsident lehnt einen Gewaltstreik gegen Eltsass-Lothringen ab. Das Konfordat soll den Departements des Ober- und Nieder rheins und der Mosel aufrecht erhalten werden. Der Sozialist Weill gibt namens seiner Partei die Erklärung ab, daß sie für die Kredite stimmen werde. Die von der Rechten aufgestellte Behauptung, daß die Entsendung eines Geschäftsträgers zur Wahrnehmung der eltsässischen Interessen beim Vatikan der inneren Einheit Frankreichs schade, weist er zurück. Er gibt aber dem Wunsch Ausdruck, daß der für Eltsass-Lothringen bewilligte Ausnahmezustand von kurzer Dauer sein möge.

Es kommt dann erneut zu erregten Zwischenfällen, als ein Abgeordneter erklärt, der Marschall Koch und die vorherige Regierung hätten Eltsass-Lothringen besonders Versprechungen gemacht. Der sozialistische Redner betont, daß die allgemeine Zusammenfassung des ehemaligen Oberkommandos die französische Regierung nicht binde. Diese Erklärung ruft lebhaften Widerspruch auf der Rechten hervor. Einige Abgeordnete stimmen wieder die Marschallaise an und die Kommunisten bringen Hochrufe auf die Internationale aus. Zum Schluß meldet sich der eltsässische Abgeordnete Oberkirch zum Wort. Er betont, daß die Eltsässer im Bewußtsein ihrer Würde als französische Bürger nicht darin einwilligen könnten, sich durch eine Delegation in Rom vertreten zu lassen. Die Eltsässer wären nie darum eingeladen, eine besondere Vertretung beim Vatikan zu haben. Sie wünschten einen französischen Botschafter.

(Beifall auf der Rechten.) Die Bewohner des Eltsass würden die heute vorgelegene Maßnahme gutheißen. Durch 48 Jahre seien die Eltsässer ihrem Mutterlande treu geblieben. Sie verlangen jetzt von Frankreich, daß es seinerseits keine Verpflichtungen erfülle und die gegebenen Versprechen einhalte. Als das Eltsass wieder zu Frankreich kam, habe es noch keinen Botschafter in Rom gegeben.

Dann wird zur Abstimmung geschritten. — Die Kammer lehnt den Antrag der Kommunisten auf Streichung des Kredites von 58 000 Franken zur Bestreitung der Unterhaltskosten einer eltsässischen Vertretung im Vatikan mit 317 gegen 246 Stimmen ab.

Die innerpolitischen Schwierigkeiten Herriot's

Paris, 5. Febr. Die parlamentarische Lage des Kabinetts Herriot hat sich trotz des gestrigen Vertrauensvotums nicht wesentlich gebessert. Man nimmt an, daß die Aussprache über die Vatikanfrage die parlamentarischen Gegensätze so aufspitzt hat, wie es seit dem 11. Mai nicht mehr der Fall gewesen ist. Der bevorstehende sozialistische Konzeß in Grenoble trägt zur Verwicklung der Lage bei, da die sozialistische Partei beabsichtigt, daß ein Teil der Parteimitglieder sich so sehr gegen eine weitere Unterstützung der Regierung aussprechen wird, daß eine Spaltung der Partei zu befürchten ist. Blum vor allem sucht daher bei seinen Anhängern die Regierung in sozialistischem Gewande erscheinen zu lassen. Dies war einer der Hauptgründe, die die Partei bewogen, Herriot zu zwingen, in der Vatikanfrage Stand zu halten.

Das Eltsass und die Vertretung beim Vatikan.

Straßburg, 5. Febr. Die Linkspresse des Eltsass ist recht unzufrieden mit der Bewilligung eines eigenen Vertreters beim Vatikan. Die „Straßburger Neuesten Nachrichten“ sprechen von einem solchen Kompromiß, das ein konfordäres und ein nichtkonfordäres Frankreich schaffe. Die rheinischen Departements nehmen jetzt die Mirenen einer überan, beim Papst akkreditierten Nation an. Man hat sich erst kürzlich gegen ein Plebiszit ausgesprochen, jetzt habe man sogar eine eigene Vertretung beim Vatikan. Von den Abgeordneten des eltsässischen Rechtsblocks haben einige gegen die Sondervertretung beim Vatikan gestimmt, weil sie nur eine Vertretung für ganz Frankreich bewilligen könnten. Sie geben in einem Schreiben der Hoffnung Ausdruck, daß der Senat der Kammer beschluß über die Aufhebung der französischen Botschaft beim Vatikan verwerfen werde.

Kritik an Chamberlain.

London, 4. Februar. Die allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik Austen Chamberlains findet einen überraschend scharfen Ausdruck in einem Leitartikel des „Manchester Guardian“, in dem es heißt:

Chamberlain wirkt allmählich heimatlos. Die wenigen öffentlichen Anspielungen auf die auswärtige Politik, die er seit Übernahme seines Amtes gemacht hat, enthalten regelmäßig die wenig sympathische und phantastische Auffassung, die bei einer konservativen Regierung eigenständig ist, von der er infolge seiner scharfen und anderer Erfahrungen befreit sein müßte. Der Anfang mit dem Ultimatum an Aegypthen war schlecht. Chamberlain habe sich entschuldigen müssen. Damit zeigte er zum erstenmal, daß er genügend Kaltblütigkeit besitze, um Fehler einzugehen und daraus zu lernen. Das sei eine Eigenschaft, die ihn vielleicht wieder vor den Folgen seines anfänglichen Fehlschlusses retten könne. Seine letzte Rede über die deutsche Entwarnung sei ein solcher Fehlschritt. Der triftige Wunsch der englischen Außenpolitik sei bei der fortgesetzten Besetzung Kölns und dem Notenaustausch zwischen Deutschland und den Alliierten zu

Die Bergpredigt.

Von Giovanni Papini.

Papini ist einer der führenden Geister unter den jüngeren Schriftstellern Italiens und zugleich auch der führende Kopf der jungen katholischen Intellektuellen. Seine „Storia di Cristo“ ist überall berühmt geworden und erscheint gegenwärtig in allen Sprachen. Der deutsche Ausgabe, die in München (Allgemeine Verlagsanstalt) erscheint, entnehmen wir folgendes Kapitel.

Die Bergpredigt ist der beste Exprezentsanz des Menschen, die Verkörperung seines Rechtes aufs Wissen im unendlichen All; unsere vollgenügende Rechtfertigung; das Patent unseres Nanges als geistiges Wesen; das Pfand dafür, daß wir über uns selbst hinauswachsen und mehr als bloße Menschen werden können; die Behauptung dieser hohen Aussicht, dieser Hoffnung; Aufstieg über das Tier.

Wenn ein Engel aus einer höheren Welt herniedertrete und uns fragte: was habt ihr Gottes, Leutes in euren Behauptungen? wo ist der Beweis eures Wortes? wo ist euer Meisterstück des Geistes in seiner eigentümlichen Leistungsfähigkeit? — wir würden ihn nicht vor unsere großen, wohlgeleiteten Maschinen führen, nicht vor die Wunderwerke der Technik, deren wohl mancher sich fürchterweise rühmt, obwohl gerade sie uns das Leben atemlos, verflaut, kurz machen und nichts sind als Staub im Dienst haushälterischer Bedürfnisse. Haushälterischer Luxusbedürfnisse. Nein, wir würden ihn auf die Bergpredigt verweisen und dann, ja erst dann auf gewisse Seiten in den Büchern von Dichtern der verschiedensten Völker über immer wäre die Bergpredigt der unergleichenste Diamant reinen Glanzes, lauten Lichtes stehend mitten in der bunten Armut der Smaragden und Saphire.

Und wenn die Menschen vor einen übermenschlichen Gerichtshof geführt würden, daß sie sich beantworten wegen all ihrer nicht mehr gutmachenden Irrtümer; wegen aller Schandthaten, die sich jeden Tag erneuern, wegen Verwundungen, die sich durch Jahrtausende hinziehen, wegen all des Blutes, das aus den Adern von Brüdern rinnt, wegen all der Tränen, die aus Augen von Menschenkindern fließen, wegen der Steinhärte und Falschheit unserer Herzen, die von keiner unserer sonstigen Eigenschafte erreicht wird als vielleicht noch von unserer Schwäche und Torheit — dann würden wir vor diesem Gerichtshof als Gegengewicht so vieler bösen Taten und soviel hermadriger Trägheit, zur Verteidigung der sechs Jahrhunderte unserer graufigen Geschichte nicht anführen die Denksätze unserer Philosophen so gelehrt und feingebonnen sie sind; auch nicht die Naturwissenschaften mit ihren täglich sich verändernden Behauptungen; nicht unsere Gesefammungen, in denen sich die Gewalttätigkeit schindet mit der Furcht vor Rückschlägen; wir würden als einzigen und genügenden Milderungsgrund allen Anflagen nicht entgegenhalten als die paar Verse der Bergpredigt.

Wer die Bergpredigt einmal gelesen und nicht wenigstens während der kurzen Augenblicke des Lesens ein Kieseln dankbarer Rührung gefühlt hat, ein herausragendes Weinen, ein Herklicken in Liebe und Reue, einen unklaren, aber fischen Drang, irgend etwas zu tun, daß diese Worte nicht bloße Worte heißen, daß die Predigt nicht bloß Ton und Schriftzeichen sei, sondern vorübergehende Formene, lebendiges Leben in allem Lebendigem, gegenwärtige Wirklichkeit. Wirklichkeit für immer und für alle: wer die Bergpredigt einmal gelesen und nicht alles das empfunden hat, wie arm ist er! Niemand braucht unsere Liebe mehr als er! Die Liebe aller Menschen kann ihm nicht ersetzen, was er verloren hat.

Der Weg, auf dem Jesus gesehen hat am Tage jener Predigt, war sicher weniger hoch als jener andere, von dem aus ihm Satan die Reiche der Erde gezeigt hat. Von da oben überhaute man nichts als eine Landschaft, in welcher Wölbungen sich dehnten, mit dem Grund des Sees in Grün und Silber auf der einen und auf der anderen Seite die langen Laubbänge des Karmel. Von diesem demütigen Berge aus, den nur die übertriebene Erinnerung einen Berg genannt hat, der in Wirklichkeit nur eine kleine Anhöhe war, eine Erbsalte, die sich nur wenig aus dem Boden um sie herum herauswühlte; von diesem Berge aus, der nicht einmal den Namen eines Berges verdiente, ließ Jesus das Reich ohne Schranken und Grenzen sehen, und er schrie das Gesetz dieses Reiches in das Fleisch der Herzen, nicht in die Steintafeln des Moses; von da aus sang er das Lied vom neuen Menschen, das Lied vom Aufstieg.

„Wie schön sind die Füße dessen, der auf dem Berge singt und verkündigt den Frieden!“ Jesajas ist nie mehr Prophet gewesen als in dem Augenblick, wo ihm diese Worte aus der Seele drangen.

Jesus sah auf einer Bodensiedlung, inmitten seiner ersten Apostel, im Kreis umgeben von Hunderten von Augen, die in seine Augen schauten; und irrendener fragte ihn, wem wohl das Himmelreich zuteil werden würde, von dem er so oft sprach. Jesus antwortete mit den acht Seligkeiten, die der ganzen Predigt gleichsam als Vorhof dienen, schimmernd in seinem Schimmer.

Die Seligkeiten, heute noch oft glossiert von solchen die ihren Sinn nicht haben, werden fast immer mißverstanden: sie werden gefunkt und verkrümelt, beschmutzt und entstellt, um Saft und Kraft abzurufen, bedroht. Versuchen wir trotzdem jenen ersten, festlichen Tag der Lehrearbeit Jesu zu umreifen.

„Selig die Armen im Geiste, denn ihrer ist das Himmelreich.“ Ausas hat die Worte „im Geiste“ nicht; er dachte an die Armen überhaupt; viele folgen ihm darin. Manah einer unter den Neueren, den Wichtigen, denkt an die Einfältigen, die Dummen, an die Vöotier. Man hat also die Wahl zwischen den Enterbten und den Fehgehorenen.

Jesus hat in jener Stunde weder an die einen noch an die andern gedacht. Seine Liebe galt nicht den Reichen; er betrachtete mit ganzer Seele die Gier nach dem Reichtum, das stärkste Hindernis der wahren Vereinerung der Seele. Seine Liebe galt den Armen; die hielt er sich nahe, weil sie es am nötigsten haben, erwärmt zu werden; an sie wandte er sich mit seiner Rede, weil sie am offensten sind für die Sättigung mit Worten der Liebe. Aber er ist nicht so töricht, zu glauben, Armut im äußerlichen Sinn, im Sinn der Klassenforschung genüge ohne weiteres, um einen Anspruch auf die Freuden des Reiches zu begründen.

Undereits, Jesus hat me eine Schwäche gezeigt für jene Verstandeskraft, die nichts ist als Verstand für Abstraktionen und Wahnsengedächtnis; die Ueberbilder und Dämonenbilder, die Künstler des Beweises und des Experimentes, die Vögherlenner — sie hätten keine Gnade gefunden vor seinen Augen. Aber der Verstand als Fähigkeit, die Reichen der Zukunft und den Sinn der Sinnbilder zu verstehen, der erleuchtende und vorleuchtende Verstand, das liebende Teilgewinnen an der Wahrheit — das war auch in seinen Augen eine Gnade; nicht selten besaß er es, daß so wenige diesen Verstand betätigen unter seinen Zuhörern und Hörern. Der höchste Verstand war ihm der Verstand, daß der Verstand allein nicht hinreicht, daß die ganze Seele dabei ist und umgewandelt wird, wenn das Glück kommt — denn das Glück ist nicht ein Torstraum, es ist

suchen. Alles, was Chamberlain in dieser Frage sagte, bezugnehmend auf den Ton und die Stimmung der Rede des deutschen Reichsleiters ist richtig. Man lese die Antwort und den ausführlichen Auszug der deutschen Kanzlerrede und findet darin nicht die geringste Erklärung für jenen angeblichen Fehler in Ton und Stimmung, den Chamberlain beurteilte. Nach Hervorhebung der absoluten Korrektheit der Kanzlerrede schreibt das Blatt, daß alle ausländischen Korrespondenten in Berlin sich um die Erklärung für den offensichtlichen Wechsel in der Haltung der deutschen Reichsregierung bemühen. Es sei die Sanftmütigkeit und die maßvolle Zurückhaltung in der Rede, die ihn erkläre, nicht die Fehler in Ton und Stimmung, die Herr Kusten Chamberlain allein entdeckt hat. Das gleiche gilt von den Reden des deutschen Auswärtigen Amtes. Der „Manchester Guardian“ wendet sich dann dem Inhalt der Chamberlain-Rede zu und betont, daß die Hervorhebung der Bereitwilligkeit der Alliierten, die Friedensvertragsbedingungen einzuhalten, unglücklichemweise nicht weniger notwendig gewesen wäre, als die entsprechende Verstärkung Dr. Luthers. Aber, fragt das Blatt, kann Herr Kusten Chamberlain für alle Alliierten mit demselben Vertrauen einstehen, mit dem er für die englische Regierung einsteht? Gätte Chamberlain die Rede Herr Luthers mit nur der halben Schärfe beurteilt, mit der er die Rede Dr. Luthers beurteilt, so würde er zugeben müssen, daß der Vertrag von mehr als einer Seite bedroht ist.

Nach einem Hinweis auf die diplomatischen Schwierigkeiten, die eine entsprechende Rückfrage an die französische Regierung mit sich bringen würden, heißt es weiter:

Aber warum soll Herr Chamberlains Satz und Mißdeutung allein auf Frankreich beschränkt bleiben, warum nicht den Versuch machen, mit der deutschen Regierung auszukommen? Ueber die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags sind wir zu den diktorischen Methoden von ebendem zurückgekehrt und sie werden genau so schärflich wirken, wie damals.

Dieser Auffass ist, obwohl er in einem oppositionellen Blatte steht, kennzeichnend für die Stimmung, die weit in das konservative Lager hineinreicht und der Leitartikel in der „Times“ zeigt heute das wachsende Unbehagen auch in diesem Lager. In konservativen Kreisen erwartet man auch innerhalb der Partei wachsenden Widerstand gegen die unglückliche Politik des jetzigen Außenministers.

Deutschland.

Wie die Presse im Lande beeinflusst wird.

In der „Silbe“ werden eingehende Mitteilungen über die Beeinflussung der kleinen und mittleren Presse im Lande, auch der Zentrums- und sozialdemokratischen Presse, aber im Dienste gewisser Interessentengruppen, namentlich der Schwerindustrie stehende Berliner Presseunternehmen, vor allen Dingen Korrespondenzen gemacht. Man erhält daraus, daß in verschiedenen dieser von großindustriellen Geldern, namentlich Dr. Jugenberg und Dr. Böglers, unterhaltenen gewerkschaftlichen Presseunternehmen eigene Abteilungen bestehen, die für die verschiedensten Parteirichtungen Material herausgeben, auch, wie von der „Telegraphen-Union“ gesagt wird, „zentrumsmäßig überlieferte Beiträge“ geliefert werden, während aber der Grundton absolut deutschnational ist und während alle Mitteilungen für das Land und die nicht unmittelbar Eingeweihten unkenntlich, mit deutschnationaler Tendenz durchsetzt sind. Auch schon in der Art, wie bestimmte Mitteilungen gegeben werden, und mehr noch in der Art, wie bestimmte Mitteilungen überhaupt nicht durch solche Büros Verbreitung finden, wird eine geistliche und gefährliche Propaganda betrieben. — Tatsächlich droht von der Durchdringung solcher Presseunternehmen mit Geldern von Interessentengruppen, namentlich von Seiten der Großindustrie eine sehr ernste Gefahr für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der öffentlichen Meinung und ihres Urteils. Es ist ein besonderer Vorzug der Zentrums- und sozialdemokratischen Presse, daß sie auch in den fürchterlichen Zeiten, die hinter uns liegen, namentlich in den Inflationsjahren sich mit eigener Kraft

und gestützt auf die Traue ihrer Bezahler aufrecht erhalten und bis heute durchgehalten hat, und diese Unabhängigkeit und Selbständigkeit sind der Stolz der Zentrums- und sozialdemokratischen Presse, auf den mit Befriedigung hinzuweisen sie gerade in der jetzigen Zeit alle Veranlassung hat.

Nach der monarchistischen Bewegung in Bayern.

München, 4. Febr. Eine Krise im Bayerischen Heimat- und Königsbund, der stärksten monarchistischen Bewegung in Bayern, fand durch den geschlossenen Rücktritt der gesamten Landesleitung ihren vorläufigen Abschluß. Dem Rücktritt ging ein längerer, ziemlich erregter Pressekampf zwischen Dr. Heim-Regenburg und dem ersten Landesleiter des Bayerischen Heimat- und Königsbundes, dem als früheren Einwohnerwehrglieder bekannten Oberleutnanten a. D. Kanaler voraus. Diese Pressfehde hat im ganzen Lande gewaltiges Aufsehen erregt; glaubte man doch hinter ihr den Versuch anderer Organisationen oder mächtiger Gruppen zu sehen, den einflussreichen und namentlich in der Provinz sehr verbreiteten Bayerischen Heimat- und Königsbund in die Hand zu bekommen. Im besten Verhoffte man wohl den Sinn dieser Krise, wenn man sie im Zusammenhang mit den offensichtlichen Bestrebungen gewisser politischer Kräfte bringt, die gesamte vaterländische Bewegung Bayerns unter einer einheitlichen Führung zusammenzufassen und für alle Fälle bereit zu halten.

Oesterreich.

Der Schulkampf in Oesterreich.

Wien, 4. Febr. Die von der sozialdemokratischen Rathhauspartei in Wien vorgenommenen Schulreformen, die auf ein Ausmergen der Religion und sittlichen Erziehung in der Schule herauskommen, haben nunmehr eine heftige Gegenaktion von Seiten der Christlichsozialen Partei hervorgerufen. Die österreichische Bundesversammlung hat bekanntlich die Bestimmungen über die Schulfragen offen gelassen. Solche Bestimmungen konnten aus dem Grunde nicht in die Verfassung aufgenommen werden, weil damals das Kräfteverhältnis zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen so ziemlich gleichstand und eine Einigung über diese Fragen für beide Teile eine Weltanschauung bedeuten, nicht möglich war. Infolge dessen gilt in Oesterreich auch heute noch das Schulgesetz aus der liberalen Zeit der ehemaligen Monarchie. Es wäre nun selbstverständlich gewesen, daß sich beide Parteien in ihrer Schulpolitik an dieses Gesetz halten, so lange, als nicht noch der einen oder nach der anderen Richtung eine andere Entscheidung möglich ist. Die Sozialdemokraten haben nun, als sie im Wiener Rathaus zur Herrschaft gelangten, unter dem Titel zeitgemäßer Reformen den Kampf um die Schule eröffnet. Er bestand vor allem darin, daß alles was mit Religion zusammenhängt, aus den Schulen entfernt wurde. Kinder sollten nach dem sozialdemokratischen Programm nicht zu sittlich-religiösen Tugenden, sondern zu wachsenden sozialdemokratischen Parteigenossen, die nur von der Idee des Klassenkampfes besetzt sind, erzogen werden. Mit einem ungeheuren Lärm, der aufsteigend wirken mußte, wurde dieses sozialdemokratische Schulprogramm durchgeführt. Die Folge davon ist eine ungeheure sittliche Verrohung der gegenwärtigen Schuljugend. Wegen dieses Vorgehen macht sich nun eine immer schärfer werdende Abwehrbewegung in der bürgerlichen Bevölkerung Wiens bemerkbar. Schon vor Monaten hat der Führer der Christlichsozialen Partei in Oesterreich, Bundeskanzler a. D. Dr. Seipel, in einer aufsehenerregenden Erklärung, die Sozialdemokraten vor der weiteren Fortsetzung ihrer Schulbestrebungen gewarnt. Der letzte christlichsozialen Parteitag in Klagenfurt stand vollkommen im Zeichen des Abwehrkampfes gegen innerhalb seines eigenen Lagers um das neue Land, den neuen Himmel, der darf nicht dem Reizen überlassen, das zu jeder Untertat, nicht der Grausamkeit, die die Liebe vorkaunet. Die Sanftmütigen, die das Mißsein der Bösen ertragen, und auch das eigene Sein, das manchmal noch schwerer zu ertragen ist als das fremde; die lehnen sich nicht auf gegen die Bösen, sondern werden von sie mit Gewalt; sie werden nicht zum Tier beim erlöschenden Widerstand, sondern besiegen das Tier in der eigenen Brust, mit jener heiteren Ausdauer, die mehr Kraft erfordert als die blühlichen, nur zerstörenden Ausbrüche. Sie gleichen dem Wasser, das unter der Hand nachgibt und jede Sammlung umfließt, aber langsam ansteigt, leise eindringt und tüchtig die gewaltigsten Felsblöcke abträgt mit der Gewalt von Jahren.

Zum 300-jährigen Gedächtnistag des Todes des P. Jakob Greiser S. J.

Am 1. Februar beging die Stadtgemeinde Markdorf in würdiger Weise den 300-jährigen Gedächtnistag des Todes ihres berühmten Sohnes P. Jakob Greiser aus dem Jesuitenorden, der am 29. Januar 1625 in Ingolstadt starb. Dieser fromme Ordensmann, der zu seiner Zeit als Humanist und Theologe Weltruf genoss, ist leider fast ganz in Vergessenheit geraten. Geboren zu Markdorf am 27. März 1602 trat Greiser mit 17 Jahren in den Jesuitenorden ein und verbrachte dann fast sein ganzes Leben zu Ingolstadt, wo er an der damaligen Universität zuerst vornehmlich Sprachen lehrte. Er war ein großer Sprachkennner, beherrschte die lateinische, griechische, hebräische, französische und italienische Sprache vollkommen, sprach auch eine Reihe von lateini-

gen den marxistischen Schulsozialismus und gesteuert war es abermals Bundeskanzler a. D. Dr. Seipel, der in einem Appell an die Elternvereinigungen zur Abwehr der sozialdemokratischen Vorstöße gegen die religiös-sittliche Erziehung aufforderte. Als ein vorläufiges Ergebnis dieses Abwehrkampfes ist es bereits anzusehen, daß viele Eltern es vorziehen, ihre Kinder nicht in die marxistischen Gemeindefürsorge, sondern in Privatschulen zu schicken. Die Privatschulen haben in Wien noch niemals einen solchen Zubrhang gehabt, als gerade jetzt.

In der Zentrale der Erziehungs- und Schulorganisation der Katholiken Oesterreichs treffen mit jeder Post eine große Anzahl von Erklärungen aus Ländern und Gemeinden Oesterreichs ein, die eine Ablehnung der Glöckl'schen Schulreform unserer Volksschulen ausprechen und für katholische Kinder eine katholische Schule mit überzeugten katholischen Lehrern verlangen. Einzelne Vorgesetzten tragen die Unterfertigung und Stempel bis zu 18 Gemeinden und die Fertigung aller Vereinsfunktionäre mit der Versicherung, daß die ganze Gemeinde einstimmig den Lehrplan ablehnt. Im ganzen sind bis heute von Korporationen 127 Erklärungen gegen den Lehrplan eingelangt, darunter 525 von Gemeindevorstellern, 243 von Ortschulräten, Niederösterreich lieferte bisher 411, Oberösterreich 298, Salzburg 77, Steiermark 211, Tirol 155, Kärnten 31, Vorarlberg 41, Burgenland 34 Ablehnungsschreiben. Nunmehr gelangen auch die später abgeforderten Fragebögen mit den Gutachten der Gemeindegemeinschaften ein bis bisher amtliche berichten lauten. Rechnet man dazu das Urteil der Mittelschullehrer über die Erfolge des Glöckl'schen Lehrplanes, so kann wohl heute schon gesagt werden, daß trotz des sozialistischen Terrores der Schulleiter und Schulfunktionäre und des sozialistischen Wiener Stadtschulrates das Todesurteil der religiösen Volksschule bereits ausgeprochen ist.

Belgien.

Verhärzung der innerpolitischen Lage.

Brüssel, 5. Febr. Die „Vrijde Zeitung“ meldet aus Brüssel: Der Ministerrat unterhielt sich gestern auch über die parlamentarische Lage. Sollte die Kammer in Sachen der Gehaltsreform eine Entschloßung stellen, die mehr als 20 Millionen ausmacht, — der Ausschuss, der die Gehaltsgehälter bearbeitet, wünscht allein 55 Millionen Mark mehr als die Regierung vorgelesen hat — so werde der Finanzminister, d. h. Ministerpräsident Dehaene sofort zurücktreten, was die Demission des gesamten Kabinetts zur Folge haben werde. Die Minister setzen auch keinen Zweifel darüber, daß die Regierung demissionieren werde, wenn das provinzielle Frauenwahlrecht angenommen werden sollte. Die Regierung wünscht, daß vor der Verabschiedung des Wahlrechts eine Reihe nach Ansicht der Regierung außerordentlich dringender Gesetzentwürfe auf die Tagesordnung kommen solle.

England.

Die britische Antwort an Clement.

London, 4. Febr. Gestern fand in Downingstreet eine Kabinetsitzung statt in der der Entwurf der britischen Antwort auf das Memorandum des französischen Finanzministers Clement gepulst wurde. Die „Evening Standard“ erzählt, ist der Antwortentwurf sehr verhältnismäßig gefastet und stimmt mit den feinerzeit von Lord Ruffour gemachten Erklärungen überein, daß England von seiner Schidener nicht mehr fordern wolle, als es in seine Unabhängigkeit zu zahlen hat. Schwierigkeiten scheinen noch wegen des Ausführungsplanes, das der französischen Regierung und den übrigen Ländern unterbreitet werden soll, zu bestehen.

Gilberts Aufgabe in London.

London, 5. Febr. Parker Gilbert wird hier hauptsächlich bemüht sein, einen modus vivendi zur Zahlung der 26-prozentigen Exportabgabe auf die deutschen Exporte nach England unter dem Reparations-Recovery-Akt zu erreichen. Großbritannien ist nach dem „Daily Telegraph“ dem Vorschlag nicht abgeneigt, wonach periodische Baukäufzahlungen seitens Deutschland auf der Basis der amtlichen Statistik geleistet werden sollen, aber es könne keine Zahlungen Deutschlands in Reichs- oder Rentenmark annehmen.

Amerika.

Senator Johnson über das Pariser Finanzabkommen.

Newport, 5. Febr. Unter dem Vorfall der Galerie sprach gestern im Plenum des Senats der Senator Johnson über die Pariser Finanzkonferenz. Er wandte sich gegen den von Hughes im Auftrag des Präsidenten Coolidge vorgelegten Text des Pariser Finanzabkommens und erklärte, es sei nicht zu leugnen, daß Amerika durch Sinterpflichten wieder in die europäische Politik zurückkehre. Hughes nehme an, daß Amerika durch das Pariser Abkommen nicht an Sanktionsmaßnahmen gebunden sei. Aber eine spätere amerikanische Regierung könne zu einem anderen Ergebnis kommen und sich der Ansicht anschließen, die heute bereits die Alliierten vertreten, denn Amerika sei durch seine prozentuale Beteiligung an den Zahlungen Deutschlands gezwungen, mit den europäischen Mächten Deutschland zum Zahlen anzuhalten. Kellog habe versucht, in Paris einen Vorbehalt durchzubringen, womit er beweise, daß Amerika wohl anerkannt habe, daß es mit der Unterzeichnung des Abkommens mehr übernommen habe als es durch seine Beteiligung an den Zahlungen erhalte. Kein amerikanischer Vertreter sei berechtigt, Amerika in europäische Angelegenheiten zu verwickeln. Er lege sich dadurch in Widerspruch mit dem Willen des amerikanischen Volkes. Amerika habe dafür zu sorgen, daß der Damesplan nicht Gefahr laufe, denn sonst werde der Tag kommen, wo jeder erkenne, wie schädlich es für Amerika war, ein Dokument zu unterzeichnen, durch das es an europäischen Schuldeneinsparungen beteiligt werde.

Amerika und die Reparationszahlungen.

Newport, 5. Febr. Die Senatsschritte über die Teilnahme Amerikas an der Pariser Finanzkonferenz und über das Ergebnis dauert weiter an. Die Opposition hat sich keineswegs mit den Erklärungen Hughes über die Pariser Verhandlungen zufrieden gegeben. Johnson und seine Anhänger werden eine neue Resolution einbringen, in der die Regierung nochmals gefragt wird, ob Amerika in Paris irgendwelche Verpflichtungen übernommen habe, an Sanktionen gegen Deutschland teilzunehmen, wenn es seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Johnson ist der Ansicht, daß die Alliierten auf der Konferenz den Vorbehalt Kellog nicht zugestimmt hätten. Bei verschiedenen Alliierten herrsche noch immer die Ansicht, daß Amerika an den gegen Deutschland zu ergreifenden Maßnahmen teilnehmen müsse, und sich damit an den politischen Vorgängen in Europa interessieren müsse. Auf der Pariser Konferenz seien geheime Verhandlungen hinter verschlossenen Türen geführt worden, über die Hughes bisher nicht berichtet habe. Der Senat habe das größte Interesse, genau zu erfahren, ob Amerika irgendwelche Verpflichtungen übernommen habe, sich aktiv an den europäischen Vorgängen zu beteiligen. Für Amerika sei es eine Frage von allergrößter Wichtigkeit, ob es sich in die Angelegenheiten der europäischen Politik verwickeln lassen wolle oder jede Einmischung ablehne.

in Reichweite und möglich —, daß aber der Bestand seiner Güter leisten kann und muß zu dieser selbständigen Umwandlung. Es konnte ihm gar nicht einfallen, zum Genuß des Gottesreichs gerade die Tüpfel und Blüdfinge einzuladen.

Um im Geist sind diejenigen, die ein volles, ihmzeitiges Bewußtsein haben von ihrer geistigen Armut, von der Unvollkommenheit ihrer Seele, von der besterhabenen Mangelhaftigkeit des Guten in uns, von der Hilfsbedürftigkeit, in der wir alle liegen. Nur die Armen, die sich wirklich arm wissen, leiden an ihrer Armut, und weil sie daran leiden streben sie über sie hinaus. Sie sind anders — ja wir anders! — als die eingebildeten Reichen, die Hochmütigen, die sich für Geistesreiche halten, für fertig und unverbesserlich, für im Einklang mit der ganzen Welt, für willkommener Gott und den Menschen; die haben keinen Wunsch, vorwärts zu kommen, weil sie in der Meinung stehen, sie seien schon dort; nie werden sie reich, weil sie ihrer abgrundtieferen Armut nie gewahr werden.

Also diejenigen, die sich arm bekennen und leiden in der Sehnsucht nach jenem wahren Reichthum, der Vollkommenheit heißt, die werden einmal heilig sein wie Gott heilig und heilig ist; ihrer ist das Himmelreich. Diejenigen hingegen, die all den Eitel und Schmuck nicht spüren, den die eitle Einbildung verdeckt, die werden nicht eingehen ins Reich. Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Land erben. Das Land, das hier besprochen wird, ist nicht der Boden mit den Ackerfeldern, auch nicht das Land des Königs mit wachsenden Städten. In der messianischen Sprache bedeutet „das Land erben“ soviel wie teilnehmen am neuen Reich. Der Soldat, der sich schlägt um Ehrengüter, muß vernünftiger sein; wer hin-

gegen innerhalb seines eigenen Ich kämpft um das neue Land, den neuen Himmel, der darf nicht dem Reizen überlassen, das zu jeder Untertat, nicht der Grausamkeit, die die Liebe vorkaunet. Die Sanftmütigen, die das Mißsein der Bösen ertragen, und auch das eigene Sein, das manchmal noch schwerer zu ertragen ist als das fremde; die lehnen sich nicht auf gegen die Bösen, sondern werden von sie mit Gewalt; sie werden nicht zum Tier beim erlöschenden Widerstand, sondern besiegen das Tier in der eigenen Brust, mit jener heiteren Ausdauer, die mehr Kraft erfordert als die blühlichen, nur zerstörenden Ausbrüche. Sie gleichen dem Wasser, das unter der Hand nachgibt und jede Sammlung umfließt, aber langsam ansteigt, leise eindringt und tüchtig die gewaltigsten Felsblöcke abträgt mit der Gewalt von Jahren.

Man stellt ihn neben den großen Bekannten. Es war daher eine Ehrenschrift für Markdorf, den Erinnerungstag an den großen Mann zu begehen. Die Universitätsmänner als Nachbarn und die freigegebenen Universitätsjugend als Zuhörer begrüßten die Feier mit offener Anerkennung der großen Verdienste Greisers, die bairische Regierung ließ sich durch den Vertreter der theologischen Fakultät Freiburg, den Herrn Professor Dr. Göller, Professor der Kirchengeschichte an der Universität Freiburg, vertreten, der Jesuitenorden sandte den P. Reiber aus Markdorf zum Feste. Die Feier selbst verlief sehr schön und würdig. Am Vormittag fand ein feierlicher Gottesdienst in der Pfarrkirche statt, wobei P. Reiber die Hauptpredigt hielt. Am Nachmittag sprach Prälat Göller im Rathausaal vor geladenen Gästen über Greiser, sein Leben, Wirken und seine Bedeutung im Rahmen der Zeitgeschichte. Am Abend wurde eine Gemeindeversammlung im „Lamm“ unter Mitwirkung des Kirchenchors abgehalten, wobei P. Reiber in populärer Form die zahlreichen Zuhörer in das Verständnis jener Zeit und die Tätigkeit Greisers einführte. Beide Redner hatten mit großer Liebe ihre Aufgabe gelöst und dankbare Zuhörer gefunden. Eine besondere Freude wurde der Feier dadurch zuteil, daß die hohe Kirchenbehörde in Freiburg durch eine sehr anerkennendes Schreiben ihre Teilnahme am Feste bekräftigte. Die Versammlung gab bei Bekanntgabe des Schicksals ihrer Dankbarkeit spontanen Ausdruck. Möge diese Feier Veranlassung werden, daß die Wissenschaft sich wieder mehr mit Greiser beschäftigt und seine Bedeutung für die Wiederherstellung des Katholizismus in Deutschland wieder an den Platz rückt, der ihm gebührt.

Der...
Bürgerme...
In der...
Unter...
Ber...
Es jollen...
zum Sta...
haben a...
gestell...
nicht nur...
schäftl...
den Ruf...
durch Be...
sonn da...
schuß st...
denklich...
Vorlage...
Abg...
lage; die...
verfähre...
B i t t e n...
sei in be...
nennen...
des Abg...
Weide...
humb-Ant...
die...
Die r...
daz n...
Lande w...
Ber...
bert die...
Lande...
waren, je...
ten, spez...
jezt nur...
ein Inte...
tag, nam...
tungen...
einer Ge...
stanz ist...
Abg...
Landbes...
handelt...
Zentrum...
Reichsreg...
weiterer...
meizter...
tigt. Be...
ein weite...
troffen...
Einschr...
würde st...
dung von...
Duffelun...
Hilfand...
ist auch...
1924 sind...
den im...
Die Geb...
die Post...
rechnen...
wohl wie...
abfchbare...
werden...
Abg...
zuziehe...
Sandbr...
Die Post...
dienlich...
Redner...
Abg...
daz imm...
in der...
Kalophon...
auf dem...
über die...
genährt...
Sticht...
Abg...
Lande...
Gen...
2)
Georg...
Weizen...
Unter...
Schöhrn...
Schöhrn...
zur Mü...
großer...
Walde...
Es fester...
„Sa“...
ist schon...
fern.“
Und...
„Du...
„ucht“...
Bald...
ein, Lie...
sich, ma...
mit dem...
findern...
gelassen...
machten...
daß Sa...
es auf...
zieren...
zum T...
„Gut...
Kinder...
„Katt...
ison? ...
ich in?

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 5. Februar.

Vormittags-Sitzung.

Der Präsident gibt neue Eingänge bekannt, darunter ein telegraphisches Gedächtnis des Bürgermeisters Stetten a. M., die Wählung der Interessenten der Heuberggemeinden betr., ferner ein Gedächtnis der Gemeindefürsorge Baden, Landesverband Baden, den Abbau von Berufstätigen in Baden betr.

In der Tagesordnung wird zunächst verhandelt die Vorlage der Regierung betr.

Unterstützung des Flugverkehrs durch den badischen Staat.

Berichterstatter Abg. Wittmann (Ztr.): Es sollen 200 000 M. in den nächsten Budget zum Staatsbankrott behufs Anschlusses von Baden an den internationalen Luftverkehr eingestellt werden. Der Flugverkehr dient heute nicht nur sportlichen Zwecken, sondern auch wirtschaftlichen. Darum unterstützt Württemberg den Luftverkehr in größerem Umfange u. a. durch Beteiligung an einer Gesellschaft Baden kann da nicht zurückbleiben. Der Haushaltsausschuss stimmt den Ausführungen der Regierungsbekanntmachung zu und beantragt die Annahme der Vorlage.

Abg. Geßler (Komm.) ist gegen die Vorlage, die internationale Luftverkehrsgesellschaft verfähre parteilich gegen Sonjett und Abg. Wittmann an befristet; auch Sonjett und Abg. Wittmann sei in den internationalen Flugverkehr aufgenommen. Die Vorlage wurde gegen die Stimme des Abg. Geßler (Komm.) angenommen.

Weiter kommt zur Verhandlung der Landhubs-Anträge betr.

Die Postverhältnisse auf dem Lande:

Die Regierung solle bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Postverhältnisse auf dem Lande wieder der Vorkriegszeit angepaßt werden.

Berichterstatter Abg. Schrank (Abd.) schildert die unzureichenden Postverhältnisse auf dem Lande, die in der Inflationszeit begründet waren, jetzt aber wieder verbessert werden sollten, speziell in Bezug auf die Postzustellung (jezt nur einmal in der Nacht). Die Wirtschaftswelt und die Gemeindebehörden insbesondere haben ein Interesse an der Postzustellung am Sonntag, namentlich auch an der Zustellung der Zeitungen. Eine Beschwerde von Ende August aus einer Gemeinde an die Oberpostdirektion Konstantz ist bis heute ohne Antwort geblieben!

Abg. Seebacher (Ztr.): Beschwerden der Landbevölkerung sind schon 1922 im Landtag behandelt worden, im Juli 23 wieder durch einen Zentrumsantrag. Die Anträge gingen an die Reichsregierung; Abhilfe geschah nicht, sondern weiterer Abbau. Der heutige Antrag ist berechtigt. Bei den heutigen Einrichtungen der Post ist ein weiterer Abbau nicht zulässig, besonders getroffen wurde die Landbevölkerung durch die Einschränkung der Landbriefträger. Empfohlen würde sich als Fortschritt die größere Verwendung von Dreirad-Läufen. Zur Zeit liegt die Zustellung der Zeitungen sehr im Argen; der Postzustand widerspricht dem Postgesetz. Notwendig ist auch die Samstagszustellung. Seit 1. Oktober 1924 sind auch die Posthilfsstellen verbessert worden im Bereich der Oberpostdirektion Karlsruhe. Die Gebühren sind nur zum Teil erhöht worden; die Post hat eben auch mit der Eisenbahn zu rechnen. Die abgebauten Postleistungen werden wohl wieder ersetzt werden; überhaupt wird in absehbarer Zeit der Postzustand erreicht werden. Redner stimmt dem Landhubsantrag zu.

Abg. Geßler (Ztr.) ist der Ansicht, daß die unzureichende Postzustellung, unter der auch die Landbriefträger selber leiden, die überläßt sind. Die Postleistungen stehen in ihren heutigen demnütigen Aufgaben den Postanstalten gleich. Redner stimmt dem Antrag zu.

Abg. Hügle (Dem.) ebenfalls, der bezweifelt, daß immer noch keine Abhilfe geschaffen worden ist und besonders die rigorose Vertreibung der Landpostkutschen nötig, wobei Erbitterung auf dem Lande besteht, die durch die Nachträge über die Kreditgewährung durch die Post noch genützt wird. Unersetzlich sei, daß Land und Stadt ungleich behandelt werden.

Abg. Dr. Köhr (Ztr.): Die Klagen vom Lande sind berechtigt. Die Abbaumassnahmen

haben das Land besonders betroffen. Wenn die Post Gelder als Kredite ausgehen kann, braucht man diese unzureichenden Verhältnisse nicht weiter schleppen. Der Aufbau soll vor allem da zunächst einwirken, wo die Verhältnisse am schlechtesten sind. Ebenso sind die Eisenbahnverhältnisse auf dem Lande sehr reformbedürftig. Im Steuerzahler wird auch kein Unterschied gemacht zwischen Land und Stadt. Ausgleichende Gegenstände soll auch da gelten. (Beifall.)

Abg. Urcan (Ztr.): Die Oberpostdirektion Konstantz sollte sich eine Lehre aus den heutigen Verhandlungen ziehen; denn in ihrem Bereich bestehen besonders unzureichende Postverhältnisse.

Abg. Fischer-Unterlaichingen (Ztr.) beklagt sich über die stiefmütterliche Behandlung gewisser Gebiete durch die Reichsregierung. Die Industrie ist dort besonders schwer geschädigt durch diese Bahn- und Postverhältnisse. Die Landbriefträger haben eine Arbeitszeit bis zu 15 Stunden bei langer Bezahlung. Redner unterstützt den Antrag.

Abg. Mayer-Karlsruhe (Dnat.) stimmt dem Antrag ebenfalls zu.

In der Abstimmung wird der Antrag des Landbundes einstimmig angenommen.

Abg. Weishaupt (Ztr.) begründet einen von ihm und anderen Zentrumsgenossen gestellten Antrag betr.

die Einfuhr von Zuchtvieh aus der Schweiz, insbesondere von Zuchtschafen. Die Viehzucht in Oberbaden steht auf sehr hoher Stufe; die dortige Zucht geht auf allen Ausstellungen als Siegerin hervor, der Nachschub geht nach ganz Deutschland und ins Ausland. Eine gewisse Einfuhr von Zuchtvieh ist nun schon gut zur Ausnutzung; es sollten aber nur hochwertige Tiere eingeführt werden. Das ist aber nicht der Fall; der Handel schaut auf billige Ware, die leicht abgesetzt werden kann, und damit kommt minderwertiges Material herein. Man sollte hochwertige Tiere aber auch in erster Linie im eigenen Lande kaufen. Es besteht auch das Bedenken der Seuchengefahr; die Seuchenschutzpolizei muß streng gehandhabt werden. Die Regierung sollte an die Gemeinden Weisung geben, daß bei Ankauf von Schafen möglichst das Inland herbeizuziehen ist. Oberbaden muß in Sachen der Viehzucht an der Spitze bleiben!

Ministerialrat Rein beantwortet die Anfrage: Ein Bedürfnis zur Einfuhr liegt im allgemeinen nicht vor. Ein Bedarf der Einfuhr aus der Schweiz ist nach dem deutsch-schweizerischen Abkommen nicht möglich, nur aus seuchenpolizeilichen Gründen, wenn die Seuche in der Schweiz größere Verbreitung annimmt.

Hier wird abgelehnt, da der Landtag zur Verhütung der Kunstausstellung eingeladen ist, und die Fortsetzung der Debatte auf nachmittags halb 4 Uhr vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

Zunächst wird eine kurze Anfrage des Abg. Dr. Köhr (Ztr.) über die Vorgänge bei der Reichsgründungsfeier der Universität Freiburg.

Die Regierung wurde gefragt, ob ihr die Vorgänge bekannt sind bei der Reichsgründungsfeier in der Aula der Universität (Rede des Prof. Dr. Marschall u. Weiterer), wie auch bei dem Festzug der Studenten zum Bismarckdenkmal auf dem Schloßberg.

Namens der Regierung beantwortete Geh. Rat Dr. Schwörer die Anfrage und führte dazu u. a. aus: Die badische Unterrichtsverwaltung war bei der Reichsgründungsfeier nicht vertreten, sie erhielt aber Abschlüsse über den Inhalt der von dem Professor Marschall von Bieberstein gehaltenen Rede einen Bericht des Senats der Universität Freiburg, indem dieser feststellte, daß er für die Einzelheiten des Vortrags, die Andersdenkende zu berlesigen geeignet wären, nicht einzutreten könne. Der Senat, wie auch der Redner bezweifeln die Unberechenbarkeit der Ereignisse. Das Unterrichtsministerium habe in einem Erlaß an den Senat, wie in einem Telegramm an Freiburg von Marschall die Vorlage des Manuskripts gefordert. Freiburg von Marschall habe sich geweigert, das Manuskript

vorzulegen, er habe sich aber über den Inhalt seiner Rede geäußert, wobei er erklärte, jede Absicht irgend jemand zu verletzen, habe ihm ferngelegen. Er habe selbst zwei Streichungen in seinem Manuskript vorgenommen, aber durch schlechte Beleuchtung und durch hartes Fieber habe er gerade diese beiden Stellen in der Erregung mit vorgetragen. (Bewegung im Hause und Gort, Gort-Rufe.) Er habe sofort nach der Feier in einem Schreiben den Senat darüber aufgeklärt. Das Unterrichtsministerium habe es nicht für angängig, sich über das Verhalten des Freiherrn von Marschall zu äußern, ohne von der gesamten Rede Kenntnis zu haben. Die weiteren Feststellungen erfolgen zurzeit durch ein förmliches Disziplinarverfahren.

Was den Festzug auf dem Schloßberg anbelange, so habe dieser mit der Universität selbst nichts zu tun. Er sei vom Hochschülerausschuß der Art veranstaltet worden. Im dem Festzug nahmen ungefähr 600 Studenten teil. Auf dem Weg zum Schloßberg wurde von einem Teil der Studenten das Ehrhardt-Gebäude gestürmt. Der Festzug hielt eine Stunde eine Pause, die Anlauf zu Beendigung nicht gab. Für das Unterrichtsministerium war kein Grund zum Einschreiten gegeben.

In der Tagesordnung wird zunächst die Diskussion über die Anfrage Weishaupt, Engelhardt und Martin betr.

die Einfuhr von Zuchtvieh aus der Schweiz fortgesetzt. Der Antrag lautet: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen: 1. zum Schutze unserer heimischen hochentwickelten Viehzucht bei Einfuhr von Vieh aus dem Ausland die Seuchenschutzpolizei in voller Schärfe zur Anwendung zu bringen; 2. an die Gemeinden eine Aufforderung zu erlassen, den Bedarf an Gemeindefarzen im eigenen Lande zu decken und 3. an die Bezirksärzte eine diesbezügliche Anweisung zu erlassen, die Inlandszucht in der besten Weise zu fördern.

Zunächst spricht Abg. Martin (Ztr.): Wo die Einfuhr von erkranktem Vieh zur Erhaltung der Viehzucht notwendig ist, wird man nicht dagegen einwenden. Die Seuchenschutzpolizei hat auch eine allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung; es soll nicht mehr Vieh ins Ausland als notwendig ist. Es kann aber genügend Zuchtvieh aus dem Inland bezogen werden. Die Entscheidung der letzten Zeit auf diesem Gebiet ist eine Schädigung der oberbayerischen Viehzucht treibenden Landwirtschaft.

Abg. Dr. Matthes (Abd.) spricht: Der Antrag hätte vor einem halben Jahr mehr Bedeutung gehabt, weil dort eine größere Einfuhr war. Der Handel mit Zuchtvieh hat inzwischen nachgelassen. Auch Sachverständige sind für beschranzte Einfuhr aus dem Stammland unserer Zuchtvieh herbeizuziehen; Masseneinfuhr ist allerdings vom Uebel, sie liegt aber heute nicht vor. Gute Zuchtstiere haben zur Zeit einen hohen Preis. Die Klagen in landwirtschaftlichen Kreisen werden sich von selbst regeln. Bei gleicher Qualität ist das deutsche Zuchtvieh billiger; eine Masseneinfuhr ist demnach nicht nötig, also auch nicht besondere Maßnahmen dagegen. Der Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten nach der Schweiz ist viel größer als umgekehrt, und daraus können besondere Maßnahmen volkswirtschaftlich schließlich wirken. Ein Bedürfnis zur Förderung des Antrags liegt nicht vor.

Abg. Sagin (Abd.) glaubt ebenfalls nicht an die von den Antragstellern befürchtete Schädigung der oberbayerischen Landwirtschaft. Die badischen Zuchtgebiete sind auf der Einfuhr aus der Schweiz aufgebaut worden. Es ist die Frage, ob die im Antrag geforderten Maßnahmen nicht eine Gefährdung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zur Schweiz zur Folge hätte, die auf dem Gebiete der Viehzucht dahinschmelzen würde. Wegen dem Antrag Engelhardt auf scharfe Anwendung seuchenpolizeilicher Vorschriften hat Redner nichts einzuwenden. Wir müssen uns aber bei der Verteilung, die wir aus der nahen Schweiz gewinnen können, zurücksuchen, was ohne Schädigung der badischen Landwirtschaft möglich ist zum weiteren Aufstieg unserer Landwirtschaft.

Abg. Sad (Ztr.) spricht als Vertreter des Unterlandes und bittet hoflich die Regierungsbekanntmachung, der Antrag Weishaupt ist zu eingehend eingeleitet und letzten Endes geeignet, eine künstliche Monopolstellung für ein Gebiet zu schaffen. Das Unterland ist auch Zuchtvieh in

letzter Zeit eingeführt worden, aber kein mindermertiges. Der Antrag ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die seuchenpolizeilichen Maßnahmen müssen getroffen werden. Der Antrag in dieser Fassung ist für den Redner unannehmbar. Redners Ausführungen sollen kein Mißtrauen gegen die außerordentlichen Bestimmungen der oberbayer. Viehzucht sein; aber eine Monopolstellung eines einzelnen Gebietes lehnen die Vertreter des Unterlandes ab.

Abg. Koch (Soz.): Auch wir wollen die Landwirtschaft fördern, aber die Ziele des Antrags gehen zu weit. Redner wurde bebauert, wenn Maßnahmen getroffen würden, die die Einfuhr von guter Ware aus der Schweiz unterbinden würden und dann darum dem Antrag Weishaupt nicht zustimmen.

Abg. Weishaupt (Ztr.): Eine Monopolstellung Oberbadens wird nicht angestrebt. Es handelt sich nicht, wie Abg. Sad meinte, bloß um Fullendorf, sondern noch um andere Bezirke Oberbadens. Die Regierungsbekanntmachung war ziemlich trocken; in Zukunftszeiten hat man eine andere Antwort erwartet. Die Förderung der oberbayerischen Viehzucht liegt im Interesse des ganzen Landes.

Die Abstimmung über den Antrag wird in der nächsten Plenarsitzung erfolgen.

Zum Schluß wurden Berichte des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden erledigt. Die meisten Anträge des Ausschusses lauten auf Uebertragung zur Tagesordnung; einige auf Uebertragung an die Regierung zur Kenntnisnahme. Die Ausschüsse werden ohne Debatte einstimmig angenommen. Bei dem Gesuch des bad. Bäcker- und Kleinbäckerverbandes um Rechtshilfe (in einem Fall bei Freiburg) beantragt Abg. Geßler (Komm.) Uebertragung an den Ausschuß; es wird aber nach kurzer Debatte der Antrag Geßler gegen 2 Stimmen abgelehnt und gegen die zwei gleichen Stimmen der Ausschußantrag auf Uebertragung zur Tagesordnung angenommen. Damit schloß die Verhandlung; der Termin für die nächste Sitzung wird der Präsident bestimmen.

Der Landtag folgte heute abend einer Einladung zur Besichtigung der Luftfahrtausstellung.

Aus dem Haushaltsausschuss.

3. Februar.

Die Debatte über den Entwurf des kommenden Finanzausgleichsgesetzes am 3. Februar führte zu einem kurzweiligen Protest der sozialdemokratischen Fraktion. Zugleich mit dem Antrag des Berichterstatters sollten die Anträge des Zentrums 6 u. 6a auf Zuschlagsrechte der Länder und Gemeinden zur Einkommenssteuer und auf Rückgabe der Steuerhoheit und Steuerverwaltung an die Länder beraten werden. Es zeigte sich zunächst, daß die staatsrechtlichen Begriffe der Finanzhoheit u. nicht von allen Seiten einheitlich verstanden wurden, und man sah von sozialdemokratischer Seite in den Zentrumsanträgen 6a mehr eine partikuläristische, als eine gesunde föderalistische Richtung, die doch bei zunehmender Erfahrung mit dem die Bedürfnisse der Länder allmählich beachtenden Berliner Zentralismus von führenden Blättern und führenden Männern aller Parteien als berechtigt und als notwendig betont wird. Schließlich verlangten die sozialdemokratischen Mitglieder vorher noch mit ihrer gesamten Fraktion in Beratung zu treten. Da aber die Uebertragung der Richtlinien nach Berlin noch am Abend geschieden mußte, konnte man Wünsche nicht erörtern lassen, und nur teilweise die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des Beratungszimmer. Das „Mumparlament“, das trotzdem noch beschlußfähig war, tagte ruhig weiter und fand nachfolgende Beschlüsse dem badischen Finanzminister auf telegraphischem Wege nach Berlin nach. (Wiemer diese Beschlüsse des badischen Landtages in Berlin Beachtung fanden, ist aus den heutigen Tagesblättern bezugnehmend zu erfahren.)

Mittwoch, den 4. Februar.

Zur Beratung stehen die Schulanträge. Der Antrag der demokratischen Partei auf Errichtung von 600 Hauptlehrstellen wurde im Juli vorigen Jahres noch Anhöhen der Regierung aufgrund der damaligen schlechten Finanzlage abgelehnt. Einem demokratischen Zuspruch gegenüber, so wie uns die Finanzlage geschildert wurde, wird das Staatsministerium

Georg Freiberger Aufstieg.

Roman von Igna Maria.

Georg Freiberger sog sein mit Roggen und Weizen beladenes Reitwägelchen durch den Unterfloden. Auf dem Marktplatz traf er Kathrine Gleis, die sich ebenfalls vor ihr Wehrwägelchen gespannt hatte und den Weg zur Mühle nahm. Die Sonne hing wie ein großer, ferner Apfelfinenball über dem Walde, die Luft war frisch und klar.

„Es ist kalt“, Kathrine hob ihr Tuch fester um die Schultern.

„Ja“, nickte ihr Begleiter, „die alte Ruhme ist schon zugetrieben, man kann sein Schildern.“

„Und einbrechen!“ ergänzte sie.

„Du bist bange? Ich habe es gestern beruht.“

„Wald bog man in den Hof der Mordmühle ein, lieferte die Kruchhade ab, erkundigte sich, wann das Mehl gemahlen ist, sprach mit den blauäugigen, hübschen Mülleerskindern und marschierte mit dem leeren Wägelchen wieder zurück. Auf der Chaussee machten sie Wätrennen, wie aber Georg sah, daß Kathrine nicht so recht mittam, gab er es auf. Als sie an der Fohrl vorbeipassierten, fuhr der Bestker in seinem Wagen zum Tor hinaus.“

„Guten Tag, Herr Edart“, grüßten die Kinder und schauten dem Gefährt lange nach.

„Kathrine“, sagte Georg, „weißt du es schon? Wenn ich aus der Schule bin, gehe ich in die Fohrl. Und wenn du mir ver-

spricht, es keinem Menschen zu erzählen, auch deiner Mutter nicht, oder Christoph Zahlhorn, will ich dir etwas anvertrauen, was noch kein Mensch außer mir weiß.“

Kathrine sah zu dem Schulkameraden in ehrfürchtiger Bewunderung auf. „Ich werde es ganz gewiß nicht weiterzählen“, versprach sie eifrig, „niemand auf der ganzen Welt wird es von mir erfahren.“ Befehrend leute sie die rotatorische Sand aus Herz. „Und Christoph Zahlhorn —? Nie, nicht!“

„Ich will so werden wie Herr Edart“, sagte Georg in einem Ton, der keinen Zweifel oder Widerspruch duldete. „Ich will einmal reich sein und im Wagen fahren wie er!“ In knabenhaftem Trost hatte er die Hände. „Ich will ein Herr werden, und wenn ich viel Geld habe, dann schenke ich dir etwas ganz Schönes Kathrine, du darfst es dir selbst ausuchen.“

„D, so einen hübschen Ring mit einem roten Herzchen, wie er bei Senies im Fenster liegt?“

„Nein“, tat Georg geringfährig, „du meinst noch nicht, was sein ist. Einen Goldring sollst du haben, wie Frau Edart ihn trägt; neulich habe ich ihn gesehen, die Sonne schien auf ihre Hand, der Stein funkelte und alberte, als ob Feuer drin wäre.“

„Das dauert wohl lange, bis du so reich bist?“ zweifelte Kathrine.

„Ich werde es!“ prophetezte der Optimismus seiner zwölf Jahre.

und lachten blökend die Mutter, die sich an dem „affig-grünen Graße gültlich tat. Wie herrlich war für sie der Tisch gedeckt! Neben an den Feldern sproßte zarter Klee, man konnte schon ihn und wieder ein Maul voll erhaschen, er frug und flock sie aus dem Paradies betriebe.

Eine Lust zu leben, wenn der Frühling das Blut jung und die Augen blank macht. Die Welt war wie ein Leuchtgebilde, voller Wärme, voll heiliger Freuden, das atmend und schaffend zur Entfaltung drängte.

Johannes Freiberger stand, auf seinem Stab gestützt, inmitten der munter blökenden Schafe. Sein Auge schweifte über die fruchtbaren weiten Felder, bis nach den roten Ziegeldächern seines Heimatortes; der lag im hellen Frühlingssonnenschein, übertrug von dem hohen, spizen Kirchturn, gleich linker Hand die Fabrik, die einstmalig als Wasserburg das Land beherrschte hatte. In der ehemaligen Burg, die so manche Geschlechter hatte kommen und gehen sehen, schafften heftige Hände. Die Sonnenstrahlen spiegelten sich in den Fenstern.

Die langen Tage und Nächte, die Johannes mit „einen Stunden und Schafen fern von den Menschen verbrachte in der großen Einsamkeit, hatten ihn zu einem stillen Philosophen und scharfen Beobachter gemacht.

Was war das ganze Leben? Ein fortwährendes Auf und Ab ein Hoffen und Enttägenstößen. Der Mensch wurde eigentlich nur geboren um sterben zu können. Die kurze Spanne Zeit, die dazwischen lag, sie war so reich durchlebt und um des nackten

Lebens mühen nicht wert, daß man sich bemühte und alle die Weisheitslehre trug, wenn nicht Glaube und Empfindungsgebilde den täglichen Kreislauf von Arbeit und Schlaf zu einem zwecklosen Dasein emporgehoben hätten.

Und sein Leben? Zuerst ein Sparen und Vormärtsstreben, dann die Freude am erarbeiteten Besitz, lust in dem Augenblick, da seine Weggenosin nicht mehr Schritt halten konnte. Nun war es für ihn ein Rückblick und doch wieder ein hoher Ausblick, wenn er an seinen Georg dachte. An „einen Einzigen, in dem er so ganz sein eigenes Ich wieder ersehen sah. Nur dünkte es ihm, sein Georg hätte einen noch härteren Willen als er in jungen Jahren. Um den Jungen war es ihm nicht bange. Möchte das Leben ihn hart anpacken, er würde „einen Mann stehen. Ein junger Baum mit starken Wurzeln und gutem Lebenssaft wird nicht so leicht vom Sturm geknickt.

Am Ende war es doch ein Unrecht, Georg den Weg zum Studium zu verberren. Aber sollte Georg Freiberger dereinst den Gedanken durchs Leben schleppen: von Bettelbroden bist du groß geworden? In der Welt brauchen da galt vielleicht nur der studierte Mann, aber glücklich und zufrieden war nur der, der in seinem Betrug die volle Befriedigung findet. Und Georg wollte mit einer Entschiedenheit zur Fabrik, die den Vater vermurdete. Georg schma jeden Vorstoß zum Studium glattweg ab, also sollte es wohl nicht sein.

(Fortsetzung folgt.)

nach Voetge-Art. Herr Rudolph bringt mit dem Musikverein Harmonie ein Programm zum Vortrag, das an Humor das denkbar Möglichste enthält. Till Gulenspiegels lustige Streiche und eine pubelnärrische Fastnachtsouvertüre von Mikodemus Blasius eröffnen den Reigen der Darbietungen. Der Witzvirtuose Herr D. Franzwarth wird auf einem Andenken an die Reise nach Teichheim die Elegie vortragen: Die Trompete hat ein Loch. Sodann ist es dem Musikverein Harmonie gelungen, in Herrn Kammermusiker Gustav Krenz vom Nationaltheater in Mannheim, ein Liebling des Karlsruher Publikums aus Voetges Zeiten, zu einem Gastspiel zu gewinnen. Herr Krenz wird auf einem von ihm erfundenen neuartigen Klopophon die „Toll-Fantasia“ vortragen und im „Lautendfunkler“ als Solist auf fünfjährigen Schlagzeugen und vier abgestimmten Trommeln beweisen, daß „Geschwindigkeit keine Sorelei ist“. In Müdenbergers „Wachsfingertabrett“ werden Automaten musizieren. Es gibt also sehr viel zu hören und zu sehen! Der Eintrittspreis wurde auf 80 Pfg. für Erwachsene und 40 Pfg. für Kinder festgesetzt.

Mein Heimatland.

12. Jahrgang, Heft 1, 1925. Blätter für Volkstunde, Familienforschung, Natur-, Heimat- und Denkmalschutz. Im Auftrag des Landesvereins Badische Heimat herausgegeben von Hermann Cris Bussle, Freiburg i. B.

Der neue Jahrgang beginnt vielversprechend rein äußerlich, als ein besserer Umschlag verwendet wurde, was dem ganzen Heft ein stattlicheres Aussehen gibt. Aber es darf sich auch inhaltlich zeigen lassen, um so mehr als beim ersten Aufschlag gleich ein wertvoller Beitrag, ein unerbittlicher Hebelbrief in die Augen springt, der aus dem Jahre 1814 stammt und an den elsässischen Dichter Stöber gerichtet ist. Der zweite Beitrag behandelt die Wandgemälde der Kirche zu Oberhöpfi, die nach den Darstellungen des Oberbauat Dr. D. Schmeider-Heidelberg in der frühromantischen Zeit entstanden sein sollen. Mehrere Aufnahmen sind im Text eingebaut, so daß bei dem künftigen Zerfall der Wandbilder, die jetzt jedoch gut restauriert wurden, wenigstens schriftlich etwas von ihnen weiterlebt. Regierungsbaumeister Haible hat sich öfters erfolgreich für die Erhaltung und Aufdeckung guter Fachwerkhäuser eingesetzt. Er berichtet über die Freilegung eines kunsthistorisch bedeutsamen Fachwerkes in Eppingen, das um 1601 errichtet wurde.

Die brennendsten Heimatschutzfragen gehen augenblicklich bang und empört durch die Herzen aller, welche die Heimat, ihre landschaftliche Eigenart, lieben. Der Höhenstollen ist seit langem heillos umstrittenes Gebiet, da er durch Steinbrüche aus der Reihe seiner Gekammetaden verschwinden soll. Dr. Ludwig Jensch-Gaienhofen schickt Flammen-Protokolle in die Welt und redet auch jetzt

in dem kurzen Notruf „Der verwundete Berg“ jedem Deutschen ins Gewissen, sich nicht von Einzelnen ein Gut rauben zu lassen, das allen gehört: unsere Berge. Oberbaurat Cajinone-Karlsruhe schickt einen gleichen Notruf für den Schärenlopf im Mendtal aus, der durch Steinbrüche angegriffen werden soll. Zugleich legt auch der Landesverein ein Flugblatt in das Heft, das sich mit der Verhinderung unserer Schwarzwaldtäler durch Kraftwerke befaßt, die allenthalben rücksichtslos mit dem Volksgut aufräumen, obwohl die kleinen Berge durch die Errichtung großer Kraftwerke ohnedies unrentabel werden. In heiteres Gebiet führt uns wieder der Aufsatz von Prof. Dr. Hünnerlopf in Heidelberg, der von den fahrenden Handpuppenspielen im badischen Unterland erzählt. Eine kritische Untersuchung teilt Dr. Christ in Biegelhausen „Die angebliche Römerstadt Tarodunon bei Freiburg“. Dann folgt das volkstümliche Gedicht Hans Drollingers „Es raucht und klopft die Linde“.

Der Abschnitt „Aus dem ganzen Lande“ bringt den Nachruf für Prof. Dr. Karl Sutter-Freiburg. Preisausreden, Anfragen und Erfreuliches aus Durlach. Hans Heinrich Ehlers neue Bücher, eines der Toni Rothmund und das mundartliche Schaffen Hanns Glütschens bespricht Hermann Cris Bussle. Familientunliche Anregungen und Anfragen, die bereits das eifrige Aufblühen des neuen Zweiges der Badischen Heimat bezeugen, beschließen das reichhaltige Heft. Der neue Jahrgang wird einige Feste mehr und außerdem auch das Jahresfest Badische Heimat den Mitgliedern für den geringen Beitrag bringen.

Gerichtssaal.

Konstanz, 4. Febr. Vor dem Schöffengericht Konstanz stand gestern ein in ganz Deutschland bekannter vielfach vorbestrafter Unterstüßungs-schwindler, Schriftsteller und Rebalteur Friedrich Maximilian Enger aus Krefeld wegen Unterschlagung und Betrug im Rückfalle. Enger ist 47 Jahre alt, war verheiratet und ist jetzt geschieden. Er ist fast vollständig taub. Enger nannte sich Dr. der Theologie, Theolog professor, Arzt, Landrichter, Generalsekretär usw. Er schrieb für alle möglichen Zeitungen, und zwar religiös moralische Artikel. Dann betätigte er sich wieder im Katholiken-ausschuß der deutschen nationalen Volkspartei, schrieb für böllsche Zeitungen und Blätter des evangelischen Bundes und dann wieder für katholische Zeitungen. Dazwischen interessierte er sich wieder einmal für Kultur. Seinen raffinierten Betrügereien fielen höchst angesehene Persönlichkeiten des kgl. und polit. Lebens zum Opfer. Die Betrügereien gehen auf 30 Jahre zurück und so lange beschäftigte sich auch das Ger. d. mit Enger. Seit 1895 hatte er fast alle Monate mit den Gerichten zu tun. 12 mal wurde er verur-

teilt, 7 mal freigesprochen, 10 mal wurde das Verfahren eingestellt und einmal war er auch entmündigt. In den letzten 30 Jahren brachte Enger 10 Jahre im Gefängnis zu. Unter den beschuldigten Persönlichkeiten befindet sich u. a. Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Kriegsminister a. D. Noske, Admiral Scheer, Prof. Sarna, Staatskommissar Kahr in München. Generale beschuldigte er gleich dugendweise. Von vielen erhielt er Beträge von 30-150 Mk. Der Sachverständige, der Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Rechenau, wo er mehrere Monate zur Beobachtung weilte, erklärte, daß es sich um einen Psychopathen handle, der aber für seine Handlungen verantwortlich sei. Das Gericht verurteilte Enger nach 5 1/2 stündiger Verhandlung zu 1 Jahr Gefängnis, abzüglich 4 Monate Untersuchungshaft und Ertragung der Kosten. Enger will Berufung einlegen.

Spiel und Sport.

Die Europameisterschaft im Kunsteislauf nach Triberg auf den 7. und 8. Febr. verlegt.

Nachdem die Europameisterschaft im Kunsteislauf, die in Berlin angelegt war, infolge der ungünstigen Gestaltung des Winterwetters bereits verschoben werden mußte und auch jetzt kaum Aussicht besteht, sie unter den fortgesetzten unnormalen Witterungsverhältnissen am geplanten Ort durchzuführen zu können, hat man sich zu einer Verlegung an einen anderen höher gelegenen Platz entschlossen. Die Europameisterschaft wurde, nachdem der beauftragte Berliner Eislaufverein sie bisher nicht austragen konnte, auf Antrag des Deutschen Eislaufverbandes durch den Internationalen Eislaufverband nach Triberg im Schwarzwald verlegt.

Mit diesem Entschluß erwachsen dem Schwarzwald ganz gewaltige Aufgaben, denn die Durchführung einer derartigen Veranstaltung innerhalb der kurzen zur Verfügung stehenden Frist bedeutet keine Kleinigkeit. Als nächster Termin ist der 7. und 8. Februar in Aussicht genommen. Infolge dieser Verlegung der Europameisterschaft nach Triberg verschoben sich die für den gleichen Termin vorgesehenen Wettkampftage um zwei Tage früher, also auf den 5. und 6. Febr., woran sich dann die beiden Tage der Europameisterschaft anschließen. Es wird sich also ein Pokus von vier Eislauftagen für die Wettbewerber ergeben und zwar vom Donnerstag bis Sonntag einschließl. Im weiteren Ring schließen sich dann vom 10.-12. Februar in Titisee die Deutsche Eislaufmeisterschaft an. Daraus ergibt sich eine regelrechte Eisportmode im Schwarzwald, die an den Plätzen Triberg und Titisee zum Austrag kommen soll und in deren Mittelpunkt die erwähnte Europameisterschaft in Triberg steht. Diese Verlegung der Europameisterschaft ist umso bedeutender für den

Schwarzwald, weil sie die erste internationale Konkurrenz ist, die im Eislauf wieder seit dem letzten Friedensjahr 1914 nach Deutschland zur Austragung gegeben worden ist. Sollten die Wetterverhältnisse noch eine weitere Verschiebung der Termine nötig machen, wird noch rechtzeitig entsprechende Mitteilung in die Öffentlichkeit gelangen.

Karlsruher Standesbuchszänge.

Todesfälle. 2. Febr. Heinrich Würb, Chemann, 77 Jahre alt, Bierführer. — 3. Febr. Luise Müller, 75 Jahre alt. Ehefrau von A. Müller, Tapeziermeister; Adolf Schwarz, Chemann, 48 Jahre alt, Photograph. — 4. Febr. Karl Wittlingmayer, Chemann, 52 Jahre alt, Buchdruckerbesitzer.



**Liedhalle
Karlsruhe
Masken-Ball**

Samstag, 7. Februar 1925
abends 8 Uhr, Saalöffnung 1/8 Uhr
in sämtlichen Räumen der Festhalle

Zutritt nur für Mitglieder u. eingeladene Herren. Abentkostüme u. bergl. nicht zugelassen. Sportkostüme nicht erwünscht. Zugelassen nur Ballanzug oder Kostüm.

Eintritt: Mitglieder Mark 2.—, von Mitgl. d. d. eingeführte Herren Mark 5.—, Studierende Mark 2.—.
Kartenverkauf an der Abendkasse.

Weisse Woche

<p>Steingut</p> <p>Washgarnituren m. neuen Dek. 5.95 4.25 3.75</p> <p>Tonnengarnituren 16 teil m. Deift. Gold u. Strf. 14.50</p> <p>Kindergarnituren 4 teil mit bunten Dekors . . . 0.95</p> <p>Tassen weiß, teilweise mit kleinen Fehlern . . . 0.14</p> <p>Salz Schüsseln weiß, gerippt, 6 teilig . . . 1.45</p> <p>Bierkrüge innen weiß 1.25 0.95</p> <p>Salz- oder Mehlmetzen Zwiebelmuster . . . 1.45</p> <p>Milchtöpfe m. Schrift, Zwiebelm. 1/4 1/2 1 Lt. 0.40 0.55 0.65 0.80</p> <p>Aluminium</p> <p>Schmortöpfe mit Deckel Satz 16-24 . . . 9.75</p> <p>Essenträger 10 cm . . . 0.80</p> <p>Kasserollen mit Holzgriff 0.95</p> <p>Milchkrüge 2 Liter . . . 2.25</p> <p>Obertassen Stück . . . 0.55</p> <p>Fleischtöpfe 14 16 18 cm 0.95 1.25 1.45</p> <p>Seifenhalter m. Hak. 0.95 0.55</p> <p>Käsebüchsen . . . 0.95 0.75</p> <p>Emaille</p> <p>Löffelbleche weiß . . . 2.75</p> <p>Wannen 30 cm, grau . . . 1.65</p> <p>Fenster-Eimer . . . 0.95</p> <p>Eimer 28 cm, grau . . . 1.25</p> <p>Milchtöpfe grau 10 11 12 13 cm 0.45 0.50 0.55 0.65</p>	<p>Schuhwaren</p> <p>Cord-Haarschuhe offen, m. Ledersohle u. Fleck 1.25 0.95</p> <p>Pflüsch-Haarschuhe offen, mit Filz, Ledersohle und Fleck . . . 1.95 1.75</p> <p>Filz-Haarschuhe Leders., Lackkappe u. Fleck Paar 3.50</p> <p>Baby-Schuhe . . . 0.95 0.75</p> <p>D.-Schnür- u. Spangenschuhe Rob.-Chevreau, mod. Formen Paar 5.95 4.75</p> <p>Herren-Stiefel Rindbox Paar 8.75 7.95</p> <p>Parfümerie</p> <p>Blumenseife 3 Stück . . . 0.35</p> <p>Fluderseife 3 Stück . . . 0.95</p> <p>Badeseife rund, Stück . . . 0.40</p> <p>Zahnbürsten Bein oder Celluloid . . . Stück 0.50 0.40</p> <p>Gummi-Frisier-Kämme 0.65 0.55 0.45</p> <p>Celluloid-Frisier-Kämme weiß . . . 0.75 0.60 0.45</p> <p>Haarschmuck Garnitur Kamm und Spange 1.75 1.45</p>	<p>Kurzwaren</p> <p>Perlm. Hemdenknöpfe 3 Dutzend 0.25 0.20 0.15</p> <p>Perlmutter-Knöpfe Karte à 2 Dutz. 0.40 0.30 0.25</p> <p>Köperband weiß, 2 1/4 m-Stück . . . 0.06 0.06</p> <p>Schuhnestel schwarz 100 cm 5 Paar . . . 0.25</p> <p>Leinenzwirn Stern à 10 m 2 Stück . . . 0.05</p> <p>Stecknadeln mit farbigen Köpfen, brief . . . 0.05</p> <p>Rüschengummiband Mt. 0.55</p> <p>Gummistrumpfband mit u. o. Knopfloch Mtr. 0.20 0.12</p> <p>Haubennetze doppelt 3 St. 0.25</p> <p>Nachtband schwarz u. weiß 10 Meter 0.30 0.20</p> <p>Druckknöpfe gar. rostfrei 12 Dutzend 0.30</p> <p>Maschinenfaden 200 Meter 0.11</p> <p>Ringband weiß u. creme Mtr. 0.14</p> <p>Rolokordel Leinen 7 Mtr. 0.30</p> <p>Sockenhalter . 0.65 0.45 0.25</p> <p>Nähnadeln . . . Brief 0.03</p> <p>Zentimeter . . . 0.15 0.08</p>	<p>Stickerei und Spitzen</p> <p>Wäschestickereien Meter 0.12, 0.10 0.08</p> <p>Wäschestickereien Stück von 4.00 m . . . 0.48</p> <p>Stickereien 4-6 cm breit, 0.40, 0.30 0.25</p> <p>Unterrock-Stickereien ca. 20 cm br. M. r. 0.95, 0.75 0.65</p> <p>Wäschebürchen viele Muster, Mtr. 0.06 0.05 0.04</p> <p>Wäschefeston große Auswahl, 0.10, 0.07 0.05</p> <p>Schürzen</p> <p>Kinderhänger in Dirndl u. in Größ. v. 40-90 cm Gr. 40 0.95</p> <p>Knabenschürzen in einfbr. u. gestreift, in Gr. 40-50 cm Größe 40 . . . 0.95 0.75</p> <p>Damenschürzen in Jumper oder türkische Muster oder Streifen, in vorzügl. Qual. zum Ausschuchen Serie I Serie II Serie III 0.95 1.45. 1.95</p> <p>Damenschürzen in Jumperform i. hervorrang. Must. u. Ausf. 2.75 2.25</p> <p>Hausschürzen . . . 1.45 0.95</p> <p>Kleiderschürzen gestr. od. gemustert 5.95 4.25</p>	<p>Blechwaren</p> <p>Springformen m. Schwarzblechboden 22 24 26 cm 0.75 0.85 0.95</p> <p>Bundformen sc. were Qualität . . . 2.45 2.25</p> <p>Kartoffelpressen 1.25 0.95</p> <p>Bouillionsiebe 12 14 16 18 cm 0.28 0.35 0.40 0.50</p> <p>Tortenuntersetzer 0.95 0.75</p> <p>Kaffeeseibe . . . 0.10 0.08</p> <p>Brotkapseln weiß lackiert . . . 3.95 2.95</p> <p>Messerkörbe Draht . . . 0.75</p> <p>Bürstenwaren</p> <p>Kokosbesen . . . Stück 0.55</p> <p>Kokoshandfeger . Stück 0.40</p> <p>Schrabber Fibre oder Union . 0.50 0.40</p> <p>Schmutzbürsten . . . 0.20</p> <p>Abseifbürsten . . . 0.40 0.35</p> <p>Wichsbürsten . . . 0.95 0.75</p> <p>Handwaschbürsten 0.20 0.10</p> <p>Bestecke</p> <p>Kaffeelöffel Aluminium . . . 0.08 0.06 0.05</p> <p>Esslöffel oder Gabeln Aluminium . . . 0.15 0.10</p> <p>Saucenlöffel Aluminium . . . 0.25</p> <p>Küchenmesser . . . 0.35 0.25</p> <p>Tafelmesser . 0.85 0.65 0.45</p> <p>Bestecke m. Holzgriff u. Beschl. Paar 1.65</p> <p>Britannialöffel oder Gabeln . . . 0.65 0.55</p> <p>Britannia vorleger . . . 2.25</p>
--	--	--	--	---

Schmoller

Handel u. Volkswirtschaft.

Einführung verschleierter Schutzzölle in England.

London, 4. Febr. Gestern ist eine Kabinettsverordnung mit sofortiger Wirkung ergangen, durch die das Gesetz zum Schutze der Schlüsselindustrien ausgebaut wird. Von heute ab kann jede Industrie, welche einen Einfuhrzoll erhoben zu sehen wünscht, einen entsprechenden Antrag durch das Handelsministerium stellen. Wenn der Zoll eine Untersuchung zu rechtfertigen scheint, wird der Antrag einem besonderen Komitee übergeben. Hier soll geprüft werden, ob die antragstellende Industrie von wesentlicher Bedeutung ist, ob die Einfuhr, welche beschränkt werden soll, annormal hohe Mengen umfaßt, ob die Preise der ausländischen Produkte in England unter den Produktionskosten ähnlicher englischer Erzeugnisse liegen, ob die Konkurrenz ernstlich den Beschäftigungsgrad beeinflusst und ob die Einfuhr aus Ländern stammt, deren allgemeine Arbeitsbedingungen von den englischen dort verschieden sind, dass der Wettbewerb unfair wirkt. Als unfair wird eine Konkurrenz bezeichnet, wenn durch Geldentwertung in dem anderen Lande eine Ausfuhrprämie entsteht, wenn Unterstützungen oder andere künstliche Begünstigungen gewährt werden, oder wenn Arbeitsbedingungen vorliegen, die den englischen nachstehen. Ferner hat das Komitee zu untersuchen, ob die antragstellende Industrie mit ausreichender Leistungsfähigkeit und Sparsamkeit geleitet wird und ob die Einführung eines Zolles bedenkliche Nachteile für den Beschäftigungsgrad einer anderen Industrie mit sich bringen kann. Wenn das Komitee den Antrag auf Gewährung von Tarifschutz auf die Produkte einer ausländischen Konkurrenz für berechtigt hält, hat es gleichzeitig die Zolltarifrate vorzuschlagen. Wenn das englische Handelsministerium und das Schatzamt sich den Empfehlungen des Komitees anschließen, dann wird der betreffende Zollsatz vor das Parlament gebracht werden, das die Erhebung gutheissen kann. Die vorgeschlagenen Zölle werden dann entweder in dem Finanzgesetz des laufenden Jahres oder in einem Nachtragsgesetz eingefügt werden. Das bedeutet, dass die vorgeschlagenen Zollerträge mit der gewöhnlichen Steuer des Jahres zusammengeworfen werden, um die Erörterungen darüber auf ein Minimum zu beschränken. Dieser Passus ist sehr wichtig, da damit praktisch die Mitwirkung des Parlaments bei der Festsetzung der Zölle ausgeschlossen wird. Im Finanzgesetz wird lediglich der Betrag des Zolles und die Dauer seiner Anwendung angegeben werden.

Die ganze liberale Presse ist auf höchste überrascht und sieht in dieser Ankündigung eine Bestätigung des schon bei den Wahlen und früher ausgesprochenen Verdachts, dass die konservative Regierung die Einführung von Schutzzöllen durch die Hintertür beabsichtigt habe. Die einzelnen Bestimmungen sind nach der Meinung der liberalen Blätter so dehnbar, dass letzten Endes das Handelsministerium machen kann, was es will.

Karlsruher Börse.

Karlsruher Börse vom 4. Februar 1925. Getreide, Mehl und Futtermittel. Die flauere Stimmung hat einer leichten Befestigung Platz gemacht, ohne vorläufig eine wesentliche Belegung herbeizuführen. Weizen neue Ernte handelsüblich 27,50—29 GM., Roggen neue Ernte, gesund, handelsüblich 27,50—28,50, Sommergerste je nach Qualität 28—34,50, Hafer neue Ernte 19—21,50, ausgesprochen minderwertige Ware entsprechend billiger, Plata-Mais mit Sack 23,75—24, Jugoslavischer Mais (loses) 23,75, Weizenmehl Mühlenerforderung 45,50, Roggenmehl Mühlenerforderung 43, zur Abnahme fähiges Mehl billiger erhältlich. Weizen- und Roggenfuttermehl 17,25—17,50, Weizen- und Roggenkleie 15,50, Spezialfabrikate entsprechend teurer, Bietreiber 22,50—23,50, Malzkeime 19—19,50, Speisekartoffel, gelbfleischige 5,75—6,25. — Raufuttermittel. Loses Wiesenhheu, gut, gesund, trocken 9—9,50, Luzerne II bis 11,50, Weizen-Roggenstroh, drahtgepresst 5 bis 6; alles per 100 Kilo, Mühlenerfabrikate, Mais, Bietreiber und Malzkeime mit Getreide ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe, Waggonpreise. Kleine Quantitäten entsprechende Zuschläge. — Spirituosen und Weine. Spirituosen: Infolge zur Versteigerung ausgeschriebener grosser Mengen Rohbrandweine war die Börse stark besucht. Die Versteigerung fand aber nicht statt und die Stimmung verflaute auf allen Gebieten. Auch in Weinen war das Geschäft recht schleppend ohne wesentliche Preisänderungen.

Mannheimer Produktenbörse vom 3. Febr. Weizen inl. 27,50, ausl. 34—35, Roggen inl. 26,50—27, ausl. 29,85, Hafer inl. 19—21, ausl. 21—25, Branntwein 19,50—23, gelber Mais mit Sack 23,50, Rohzucker melasse 9, Raffineriemelasse 8, Wiesenhheu usw. unverändert, Weizenmehl Spezial Null 40,75—45,75, Roggenmehl 38—42, Weizenkleie 15,50—15,75, Tendenz stetig.

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 5. Febr. Der heutige Schlachtviehmarkt war befahren mit 180 Kälbern, 120 Schweinen, 687 Ferkeln, Kälber 66—70, Schweine 70—72, Ferkel und Läufer 18—40. Der Marktverlauf mit Kälbern war mittelmässig geräumt, Schweine mittelmässig ausverkauft, Ferkel mittelmässig.

Allgäuer Butter- und Käsebörse. Die Preise sind bei grüner Weichkäse und ausgeheizter Rundkäse Erzeugerpreise, bei Butter, konsumreifer Weich- und Rundkäse Grossverkaufspreise, also Erzeugerpreise zuzüglich aller Handelszuschläge ab Station des Börsengebietes ohne Verpackung. Markttag: Butter 1,63—1,78 Mk. gut, Weichkäse grün 0,48—0,52 Mk. unverändert, konsumreif 0,64 bis 0,68, zurückhaltend, Rundkäse ausgeheizt 1,10—1,25 Mk., weiterhin ruhig, konsumreif 1,10—1,50 Mk. ruhig.

Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel. In der gestern stattgefundenen Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der Generalversammlung die Ausschüttung einer Dividende von 4 Prozent für das Geschäftsjahr 1924 vorzuschlagen.

Holzversteigerung in Baden. Bei der von der fürstlich-fürstenbergischen Verwaltung abgehaltenen Holzversteigerung in Engen zeigte sich eine sehr starke Nachfrage. Im grossen Ganzen blieben die Preise wie bisher. Buchenscheitholz kostete durchschnittlich 13 bis 18 Mk. pro Ster. Für Buchenscheitholz wurde bis zu 20 Mk. pro Ster und darüber geboten.

Süddeutsche Intarsien- und Holzmosaikfabrik in Münster a. N. Der am 24. Februar nach Stuttgart eiberufenen Generalversammlung wird die Umstellung bzw. Reduktion des Gesellschaftskapitals auf 15.000 Mk. vorgeschlagen werden. Die Generalversammlung soll weiterhin auch über eine Kapitalerhöhung beschliessen, deren Umfang jedoch noch nicht feststeht.

Vermittlungsgesellschaft für Grundbesitz und Geldverkehr, G. m. b. H., Heidelberg. In Nr. 22 vom 22. Januar brachten wir eine Erklärung der Vermittlungsgesellschaft für Grundbesitz und Geldverkehr G. m. b. H. Heidelberg, die verschiedene in Nr. 19 des Bad. Beob. vom 19. Januar 1925 erschienenen Publikationen über die betr. Firma richtigstellte und sich dabei auf die „Badische Treuhandgesellschaft G. m. b. H.“ berief, welche ihre bilanztechnischen Arbeiten vornehme. Zu diesem Gegenartikel der Heidelberger Firma lässt uns die Bad. Treuhandgesellschaft G. m. b. H. folgende Notiz zugehen: „Der Gegenartikel der Heidelberger Firma und insbesondere die Erwähnung unseres Namens ist ohne unser Wissen erfolgt. Wir sind für diese Gesellschaft nicht mehr tätig.“

Das Konkursverfahren ist über das Vermögen der Firma C. F. Krieg u. Co., Spezialhaus für Lebensmittel und Feinkost, offene Handelsgesellschaft in Baden-Baden, und über das Vermögen des Kaufmanns Karl Friedr. Krieg und dessen Ehefrau, beide wohnhaft in Baden-Baden, eröffnet worden. Konkursforderungen bis 30. März, Prüfung der Forderungen 1. April beim Amtsgericht B.-Baden.

Wetternachrichten der badischen Landeswetterwarte.

Das vor der nordwestlichen Seite Lagernde kräftige Tiefdruckgebiet überflutet mit wüsten westlichen Luftströmen das Festland; ihr Einfluss auf Süddeutschland ist aber durch die Nähe des Hochdruckgebietes abgeschwächt, so dass keine erhebliche Niederschläge fallen. Die Temperaturen liegen im ganzen Lande über dem Gefrierpunkt, auch der Hochdruckwob ist mit Ausnahme der höchsten Gipfel frohfrei. Die westlichen Luftströme gewinnen noch an Einfluss, so dass das ziemlich milde Wetter fortbauert.

Bräusichtige Witterung am Freitag, den 6. Februar: Wolfig, mäßige Niederschläge (meist Regen), noch etwas milder, westliche Winde. Schneeböher, Feldberg, 5. Febr., früh: 40 Zim. bereifter Schnee, minus 0 Grad, heftig leichter West, Schwach gut.

Gerauscher und Bezleger: Robert, A.-G. für Berlin und Frankfurt, Direktor: W. Köhler, Adressen: L. E. Schillerstr. 42, Relationsbüro der Badenia, A.-G. Hauptverwaltung: 3. 24. Febr., Besondere für den badischen Teil: 3. 24. Febr., für Nachrichtenbestellungen und Reklamationen: Dr. G. H. Berger, für Post- und Chronik: Dr. L. Zander, für Anzeigen und Reklamationen: Hoffmann, Familie, in Karlsruhe. Berliner Repaffion: 30b, Hoffmann, Berlin NW. 23, Brüder-Allee 15.

la Bronze-Glocken
Gebrüder Bachert
Karlsruhe-Baden.

Strümpfe
werden zum Stricken
angenommen.
Maschinenstrickerei
Gustmann
Adlerstr. 4

Ein Meisterstück der
Klavierbaukunst ist ein
Piano
von C. F. Glas & Co.,
Dellbronn. Preisver-
kauf: G. Kunz,
Kronenstr. 10

Plannkuch
Neu eingeführt
Neue gelbe
ganze
**Riesen
Erbsen**
gehalt 296
Std 44 St.
Plannkuch

Das Tagesgespräch
bildet die sehenswerte **Mosen-Ausstellung** während meiner **Hosen Woche**!

Zum Verkauf gelangen:
gestreifte Hosen, Cutawayhosen, Sporthosen,
Anzughosen, darunter bessere Mißqualitäten
in hundertfacher Auswahl

zu enorm billigen Preisen

Mk.	4.-	5.-	5.50	5.75	6.-	6.50	6.75	7.-
"	7.50	8.-	8.50	8.75	9.-	9.50	10.-	10.75
"	11.-	11.50	12.-	12.50	13.-	13.50	13.75	14.-
"	15.-	15.50	16.-	16.50	17.-	18.-	19.-	20.-
"	21.-	22.-	24.-	27.-	28.-	29.-	30.-	32.-

Für korpulente Herren passende Grössen vorrätig.

Alle anderen Waren, wie Anzüge, Uster, Paletots, Gummimäntel etc.
die während dieser Veranstaltung nicht ausgestellt sein können, sind
im Preise bedeutend reduziert
Jeder Einkauf hierin lohnt sich.

**Konfektionshaus
HANS A
Karlsruhe** Inhaber: L. Wolf **Kaiserstr. 50**
Ecke Adlerstrasse.

Bucherer
empfiehlt
**Weiß-
Weine**
Heiligensteiner
Liter 1.20
Koppols-
weiler
Liter 1.20
**Rot-
Weine**
Burgunder
Liter 1.10
Laufrer
Liter 1.30
Nonville
1923er
Liter 1.40
Alles einzal.
Steuer ohne
Glas.
**Alter
Malaga**
1/2
Liter 1.80
Flasche
einschliesslich
Glas und Steuer
Bucherer
in sämtlichen
Filialen.
Kontobuchhalter
bei jeder Dame erstellt
Klar! runter rührt
Näheres W o p I I,
Kaiserstr. 118.

Weisse Woche
Teppiche, Gardinen, Bettvorlagen,
Linoeum sind in grosser Auswahl
neu eingetroffen und kommen
besonders preiswert zum Verkauf:

W. Boländer
Sonntag, den 8. Februar 1925, abends 7 1/4 Uhr:
1. Grosses humoristisches Konzert
des Musikvereines Harmonie Karlsruhe, Leitung: Hugo
Rudolph. — Programm: 1. Operette: „Der Mittelteil“
des Nationaltheaters in Mannheim — Xylophon und Laufen. Nah-
sicht die Pla etc. Eintritt Erwachsene 8 Pf., Kinder 4 Pf.
Vorverkauf bei Stadtparkmusikbrüder.

**Badisches
Landestheater**
Vorstellung im Städt. Konzerthaus.
Freitag, 6. Febr. 7 1/2—10 U. (4.50)
Einmalig: Operetten-Gastspiel (Direktion Max Müller-Schauspielhaus-
Pforzheim) Zum 1. Mal:
Die Frau ohne Kus.
Operette in 3 Akten. Musik von Walter Kollo.

Gummi-Bettflasche
aus besonders starkem, präpariertem Gummi
hergestellt. Für alle Zwecke verwendbar; kein
Rosten und kein Rültege; hält alle
Wärme bis morgens an; größte Haltbarkeit
garantiert. Für kaltes und heisses Wasser
verwendbar. Für Rückenbeschwerden, Rheumatis,
Veitstanz erprobt usw. bestens empfohlen, weil
ohne Druckmittel auflegbar. Preis Mk 8.—
in St. Karlsruh. gegen Nachn. Otto Rufbauer,
Zweigstelle Karlsruhe, Kaiserstr. 42
Vertreter überall geliebt

Ruhige, saub Frau,
ca. 45 J., in Küche
u. Haushalt selbständig,
sucht Stellung als
Ganzhälterin
Es wird auf gute Stelle
in V. Haushalt gleich
möglicherweise Geh. An-
gebote mit. Nr. 4507
an die Geschäftsstelle,
Adlerstr. 42, erb.

26 cm
0.95
2.25
0.95
18 cm
0.50
0.75
0.08
2.95
0.75
en
0.55
0.40
0.40
0.20
0.35
0.75
0.10
0.05
0.10
0.25
0.25
0.45
1.65
0.55
2.25

PHANKO
Pfannkuch
 Für die
Weisse Woche

Sonder-Preise

- Schweine-Schmalz amer. tanisches 93 Pfg.
- Deutsches raffiniertes Schmalz 115 Pfg.
- Nußschmalz reichhaltiges reines Pflanzenfett 64 Pfg.
- Coco-fett 1 Pfund-Zettel 64 Pfg.
- Margarine 1 Pfund-Würfel 68 Pfg.
- Margarine 1 Pfund von 65 an

Feinste Allgäuer
Zafelbutter 50
 Holländische und Dänische
Zafelbutter 60
 Stets frisch! Direkter Bezug aus den Produktionsgebieten

- Polfsäcker Allgäuer Schweizerkäse 45 Pfg.
- Zimburger Singsenkäse 20 Pfg.
- 1 Pfund 1-70 Pfg.
- 1 Pfund 78 Pfg.

- Corned-Beef 1 Pfd.-Dose englisch 60 Pfg.
- 3-20 Pfg.
- 1/4 Pfd. 16 Pfg.
- 1 Pfd. 60 Pfg.

- Leibwaren**
- Banndübeln 27 Pfg.
 - Bruch-Maccaroni 37 Pfg.
 - Eier-Banndübeln 39 Pfg.
 - Maccaroni Hartgriechware 44 Pfg.
 - Mehl, Spezial 1 13 Pfg.
 - Auszugsmehl 1 23 Pfg.
 - Weizengries 1 27 Pfg.
 - Eier 10 Stk. 1 45 Pfg.

- Marmelade Semi dicke Dreifacht 20 Pfg.
- 26 Pfg.
- Gemüse-Erbisen erstklassiges deutsch. Fabrikat 2 Pfd.-Dose 52 Pfg.
- Kern-Seife gelbe 200 Gr.-Stück 18 Pfg.
- weiße 200 Gr.-Stück 22 Pfg.
- gelbe 400 Gr.-Stück 36 Pfg.

- Zündhölzer imprägniert, weißes Holz Paket 10 Schachteln 22 Pfg.
- Paket 10 Schachteln 20 Pfg.

Pfannkuch

Linoleum!
 Große Auswahl! Billige Preise!
 Preis Merkell, Kreuzstraße 25
 Bezugsarbeit wird übernommen.

Waren Sie schon bei Knopf?

Die Ausschmückung der Verkaufspräme während der
„WEISSEN WOCH“
 ist eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges!
 Freitag, 6. Februar, Samstag, 7. Februar und Montag, 9. Februar

Sonder-Angebot unserer Schuhabteilung

Kinderstiefel 18 bis 22 braun 1.95 mit und ohne Fleck schw. 1.50	Damen-Halbschuhe braun oder Lackleder . . . 12.50 10.50 7.90
Kinderstiefel gute Qualitäten 23-26 27-30 31-35 2.75 3.75 4.50	Herren-Stiefel gute Qualität . . . 8.75 7.50 5.75
Kinderstiefel Rindbox schw braun 27-30 31-35 5.75 6.50	Herren-Halbschuhe Rahmenarb. mod. Form. 12.50 9.75
Damen-Halbschuhe gute Qualität 5.90 4.75 3.95	Hausschuhe - Turnschuhe zu enorm billigen Preisen

Harmonium
 2 Reg. Mk. 220.-
 3 Reg. Mk. 275.-
 13 Reg. Mk. 390.-
 Zahlungsrichtungs Frankfurter
Pianohaus Lang
 Kasernenstr. 167/1 Tel. 1073
 Salamanderschuh aus.

Tanz-
 Lehrinstitut
J. Braunagel
 Nowacks-Anlage 13
 Telefon 5959
 Beginn neuer Kurse
 Einzelunterricht jederzeit
 Geil. Anmelde. jed. Unterrichtslokal:
 ob. Saal Hotel Nowack.

Zu verkaufen zwei große vergoldete
Spiegel-Konsole
 in Marmorplatten, geeignet f. Modesalon, Konfektionshaus etc.
 Ritterstraße 9

Zu verkaufen gutes
Schwarzwalder-Heu
 Ader oder Wiese frei verladen ab Station a. 3.80-4.- Mark.
 W. Auf, Schönensbach, Bregtalbahn, Bad. Schwarzwald.

Einkommensteuer-Vorauszahlungen der Landwirte.
 Es wird darauf hingewiesen, daß die auf 15. Februar 1925 fälligen Einkommensteuervorauszahlungen der Landwirte nur in der Höhe von drei Vierteln des im Festsetzungsbescheid angegebenen Vierteljahresbetrags zu leisten sind.
 Karlsruhe, den 5. Februar 1925.
 Die Finanzämter Stadt und Land.

Abfall-Späne
 vorzügliches billiges Anfeuerholz hat laufend abzugeben. Zentner 70 Pfg. ab Lager. Abgabe nur ab Lager.
 Gemeinnützige Beschäftigungsstelle
 Durlacher-Allee 58, Kaiserne Gottesau.

Palast-Lichtspiele

Karlsruhe i. B.
 Herrenstrasse 11 Telefon 2502

Ab heute!

Die seit Monaten erwartete
 grösste Filmschöpfung der Welt:

Quo vadis!

Historisches Gemälde aus der römischen Kaiserzeit. Frei bearbeitet nach dem gleichnamigen Roman von **Henryk Sienkiewicz**
 in 10 spannenden Akten.

In den Hauptrollen:

Emil Jannings als **Nero**
Lilian Hall Davis als . . . **Lygia**

Quo vadis ist der grösste Prunkfilm der je über die Leinwand lief. Er berauscht das Auge im höchsten Masse und bietet dem verwöhntesten Geschmack Bilder von eindrucksvoller Schönheit und niegeschauter Pracht.

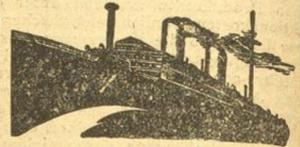
Anfang pünktlich nachmittags 3¹/₂ Uhr, Sonntags 2 Uhr. Wir ersuchen unsere w. Besucher höflich, im eigenen Interesse die Nachmittagsvorstellungen berücksichtigen zu wollen. 388

Saubere Stundenfrau gesucht.
 Welschenstraße 23 11.
 bei Bed.

Bad. Lichtspiele
 für Schule und Volksbildung
Konzerthaus

Erstaufführung

Samstag, den 7. Februar 1925
 nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr
 Sonntag, den 8. Februar
 nachmittags 4 Uhr
 Montag, den 9. Februar
 Dienstag, den 10. Februar
 abends 8 Uhr



COLUMBUS

Der Film vom Bau und Betrieb des neuesten des neuesten deutschen Riesendampfers des Nordd. Lloyd Bremen. Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.

Vortrag:

Korvettenkapitän Roedenbeck.
 Vorverkaufspreis:
 Musikhaus Müller, Kaiserstrasse.
 Preise: 1.70, 1.50, 1.-, 0.80 Mark
 Studierende und Schüler gegen Anweisung halbe Preise 59



Das

St. Konradsblatt

muß in jeder
Wirtschaft und Familie
 von Baden und Hohenzollern
Heimat- und Hausrecht
 bekommen!

Warum?

Das St. Konradsblatt arbeitet durch religiöse Belehrung und Erbauung, durch geistige Förderung und Vertiefung an dem großen Seeligerwerb unserer Erzbischöfe.

Das St. Konradsblatt wird im Hinblick auf die drohende Hebermacht der glaubensgleichgültigen und kirchenfeindlichen Literaturerzeugnisse vom Hochwürdigsten Herrn Erzbischof auf das Wärmste empfohlen.

Das St. Konradsblatt unterhält einen reichhaltigen Stellenmarkt mit Angebot und Nachfrage für männliches und weibliches Personal, sowie einen allgemeinen Inseratenteil, aus dem jeder Leser Nutzen ziehen kann.

Das St. Konradsblatt erscheint wöchentlich einmal in schönem und wirkungsvollem Kupferdruck, enthält zahlreiche Bilder aus dem kirchlichen wie weltlichen Leben und kostet nur 50 Pfennig pro Monat.

Verlangen Sie bitte eine Probenummer

oder machen Sie heute noch eine Bestellung bei unserem Agenten, der Post oder direkt beim Verlag des St. Konradsblattes in Karlsruhe, Adlerstraße Nr. 12.



Verein ehemal. 113er Karlsruhe.

Am Samstag, den 7. Febr. 1925,
 abends 8¹/₂ Uhr, im Vereinslokal:
 „Drei Kronen“, Kronenstr. 19

Vereins-Abend

mit Vortrag.
 Zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht. Regimentskameraden willkommen.
DER VORSTAND.

PHANKO
Pfannkuch

Eingetroffen ein Waggon
 holländisches

Rotkraut
 Köpfe von ca. 3-4 Pfund
 Pfd. 12 Pfg.

Pfannkuch

Die
 sind au
 immer
 in der
 schon,
 wünscht
 Zeit e
 Länder
 die M
 stehen.
 sich De
 jorium
 fes Ab
 gewün
 gößlic
 Deutsch
 nur g
 e n d g
 insbef
 Meistbe
 der Sal
 lung de
 die gebe
 Parteien
 daß in
 schluß
 Deutsch
 fest sind
 ständlich
 jorischen
 in diese
 nicht be
 rung der
 menden

Paris
 presse
 n g ü
 franzö
 dem „
 die zu
 machte,
 täuscht
 lichen
 Staats
 mündlich
 naldi hat
 sche Ant
 unterbre
 Zweifel
 lungsteil
 Vorschlä
 gründete,
 t e r e
 für den
 Im Lauf
 burg ein
 schlag üb
 kont wu
 trage, —
 auf hina
 nate zu
 ans, die
 it i m n
 Vorschlag
 lung jed
 sehen (!)
 Handelsm
 mittag
 s i u n g
 Tren

Paris,
 burg hat
 heute um
 Raynald
 Besprech
 den Deleg
 zu einer
 Die „In
 die Verba
 Stadium
 sekretär
 die Bestir
 ges vor
 vendi zu
 anderes i
 verchiede
 gationen
 gen um e
 einer Entf

Das de
 Berlin,
 u s s i
 das deut
 dem Reich
 empfehlen.
 Reichsregie
 handlung
 fett des p
 Verfall